

V. 1961: Verhandlungen und Attentate

Die erste Verhandlungsrunde auf Ministerebene zwischen Österreich und Italien wurde für den 27. und 28. Jänner 1961 in Mailand festgelegt. In mehreren Sitzungen in Wien und Innsbruck bereitete man sich vor. Die entscheidende Frage lautete, mit welchen Forderungen man in die Verhandlungen gehen wollte. Am 23. Jänner trafen sich die Tiroler in Innsbruck. Die Wiener hatte man nicht eingeladen. Folgt man dem Protokoll, so konnten die Vorstellungen nicht unterschiedlicher sein. Sollte man den Italienern mit Maximalforderungen begegnen oder Bereitschaft zum Weiterverhandeln signalisieren?

Der Nordtiroler Landesrat Aloys Oberhammer war über diese letzte Möglichkeit „gellinde gesagt, entsetzt“. Und er wiederholte, was er schon zuvor in Wien gesagt hatte: „Nach Paris sind wir gegangen, um die Selbstbestimmung zu er-

reichen, nach New York sind wir gegangen, um die Autonomie zu erreichen, und wo gehen wir jetzt hin?“ Seine Taktik war klar: „Wir verlangen die Autonomie, und wenn die Italiener Nein sagen, fahren wir nach Hause.“ Dem entgegnete Landeshauptmann Hans Tschiggfrey: „Mit dem Nachhausegehen, das ist sehr einfach!“ Für die Moderaten gab Silvius Magnago – seit Dezember 1960 auch Südtiroler Landeshauptmann – die Marschroute vor, als er feststellte: „Uns geht es nicht darum, ob die Provinz Bozen jetzt morgen Region heißt, sondern darum, dass diese Provinz Bozen auch innerhalb einer Region alle Zuständigkeiten hat, die sie braucht.“

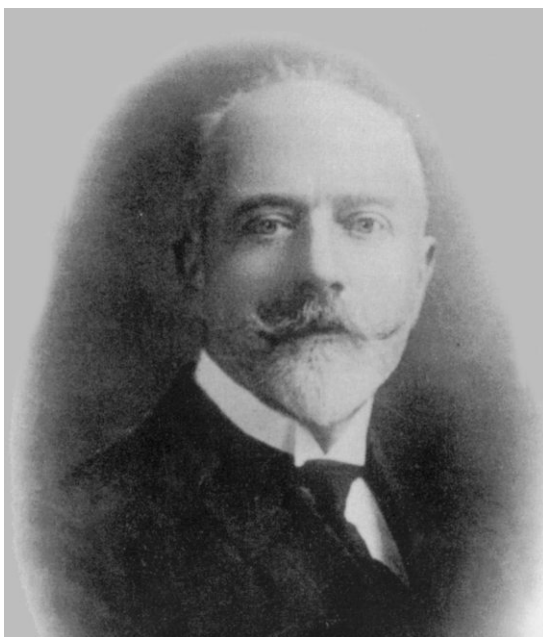
Am Donnerstag, dem 26. Jänner 1961, traf die österreichische Delegation in Mailand ein, begleitet von neofaschistischen Demonstrationen und einem riesigen Polizeiaufgebot – angeblich zum



Die Proteste der Gegenseite: Zu Beginn der Verhandlungen in Mailand „dekorierte“ die neofaschistische MSI-Jugend ihr Parteilokal mit ihren Forderungen: „SVP raus“ oder „Bozen ist italienisch“

Schutz der Delegation. Am Nachmittag begab man sich ins österreichische Generalkonsulat, um die Taktik für den nächsten Tag zu besprechen. Bei dieser Besprechung, die drei Stunden dauerte, waren auch Silvius Magnago und Alfons Benedikter dabei. Eine Beteiligung an der Konferenz hatten sie allerdings abgelehnt. Kreisky meinte dazu nur: „Erklären kann man das niemandem.“

Wieder zeigten sich Differenzen über Ziele und Vorgangsweise. Alfons Benedikter hatte ein 32-Punkte-Programm erstellt – in offensichtlicher Anlehnung an jenes 32-Punkte-Italienisierungsprogramm, das Ettore Tolomei 1923 in Bozen verkündet hatte. Magnago hatte wenige Tage zuvor dem neuen italienischen Ministerpräsidenten Attilio Piccioni die Südtiroler Position folgendermaßen klar gemacht: „Eine Rückgabe dessen, was uns der Faschismus genommen hat, kann von uns nicht als besonderes Geschenk empfunden werden.“ Piccioni war misstrauisch gewesen und hatte gesagt, die Südtiroler würden die Autonomie ja nur als Vorstufe zum Anschluss an Österreich verlangen. Darauf antwortete Magnago: „Wenn ich auf das aus wäre, würde ich jetzt keine Autonomie verlangen. Es muss Ihnen auch klar sein, Herr Ministerpräsident, dass, wenn wir eine echte Autonomie hätten, allfällige andere Wünsche nicht das nötige Echo



32 Punkte zur Italienisierung Südtirols: Ettore Tolomei stützt seine Assimilierungspolitik in Südtirol auf ein 32-Punkte-Programm, das er 1923 in Bozen verkündet.



Mit einem 32-Punkte-Programm gerüstet – in Anspielung auf Ettore Tolomei –, reist Alfons Benedikter (im Bild) gemeinsam mit Silvius Magnago zu den Verhandlungen nach Mailand.

finden würden, weder im In- noch im Ausland.“

Kreisky wollte nun in Mailand dieses 32-Punkte-Programm vorlegen und erklären, was die Minimalforderung sei, nämlich Autonomie für Südtirol – allerdings erst in der letzten Phase der Verhandlungen. Man wollte dann übereinkommen, ein Expertenkomitee einzusetzen, das mit der Prüfung dieser Forderungen befasst und paritätisch zu beschicken wäre. Die Kommission sollte in Wien tagen, die nächste Ministerkonferenz dann in Salzburg stattfinden. Dagegen gab es Widerspruch in der Delegation, vor allem vom Nordtiroler Landesrat Oberhammer: „Haben wir ein Interesse an Expertenverhandlungen, wenn wir sehen, dieses Ziel der Autonomie ist nicht erreichbar?“ Sein Interesse in einem solchen Fall galt vielmehr einem Partisanenkampf um die Selbstbestimmung. Das sagte er zwar nicht, meinte es aber so. Wie hatte er noch im September 1959 gesagt? „Am Ende geben uns die Italiener die Landesautonomie, und dann stehen wir da.“ Für ihn offensichtlich eine furchtbare Vorstellung.

Außenminister Kreisky lehnte Oberhammers Taktik für Mailand entschieden ab: „Da können wir zusammenpacken und nach Hause fahren. (...) Wir müssen ein gewisses Maß der Ehrlichkeit an den Tag legen. (...) Das ist nichts anderes als das,

Die Lager im Frühsommer 1961

AUTONOMIE

SÜDTIROL



Silvius Magnago



Karl Mitterdorfer



Roland Riz



Toni Ebner

NORDTIROL



Hans Tschiggfrey



Bruno Kreisky



Ludwig Steiner

WIEN

SELBSTBESTIMMUNG

OHNE BOMBEN

NORDTIROL



Franz Gschnitzer



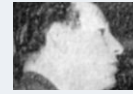
Viktoria Stadlmayer

MIT BOMBEN

SÜDTIROL



Hans Dietl



Franz Widmann

NORDTIROL



Wolfgang Pfaundler
WIEN



Aloys Oberhammer



Eduard Widmoser



Peter Brugger



Fritz Molden

+ der gesamte
BAS

Dolomiten -Infografik: J. Markart/Fotos: „D“

was bei der UNO geschehen ist, nämlich eine Niederlage. Es geht um das Schicksal von 250.000 Menschen.“

Kreisky übergab am Ende der Sitzung nicht das 32-Punkte-Programm, sondern ein zusammenfassendes Kurzdokument mit den Forderungen Österreichs. Ergebnislos gingen die Verhandlungen in Mail-



„Die Autonomie ist nur eine Vorstufe zum Anschluss an Österreich“: Der neue italienische Ministerpräsident Attilio Piccioni misstraut in Mailand den Südtirolern.

land zu Ende. Bei der SVP rief dies später nur mehr Kopfschütteln hervor. Für SVP-Generalsekretär Hans Stanek war klar, wie das geschehen konnte: „Offensichtlich standen die ganzen Beteiligten in Mailand unter dem Eindruck einer ganz besonderen Situation. Es muss sich geradezu um eine Psychose gehandelt haben.“ Von dem 32-Punkte-Programm war gar nicht gesprochen worden.

Zu Mailand und der dort vorgebrachten Forderung nach Autonomie gab es am 7. Februar in einer internen Sitzung in Innsbruck eine heftige Auseinandersetzung. Hier ging es wieder um die Selbstbestimmung. Mit Blick auf Mailand meinte Landesrat Oberhammer dort: „Es ist dies der Schluss einer Phase, um zu sagen, nicht einmal das kriegen wir – also Selbstbestimmung. Das war doch so gedacht.“ Auch wenn SVP-Sekretär Stanek mit Blick auf die Selbstbestimmung nicht so weit von Oberhammer entfernt war, jetzt konnte er nur antworten: „Die Partei akzeptiert das nicht.“ Oberhammer übernahm das Kommando: „Es spielt gar keine Rolle, ob sie es akzeptiert oder nicht, weil sie es wirklich nicht versteht!“

Und die Leiterin des Referats „S“ der Tiroler Landesregierung, Viktoria Stadlmayer, meinte in derselben Sitzung, das 32-Punkte-Programm „interessiert uns gar nicht. Wir wollen noch weiter gehen und dann das Selbstbestimmungsrecht



Am 30. Jänner 1961 kracht es in Waidbruck: Das Reiterstandbild von Benito Mussolini, der „Aluminium-Duce“, fliegt in die Luft. Die Innsbrucker Heinrich Klier und Kurt Welser bekennen sich zu dem Anschlag.

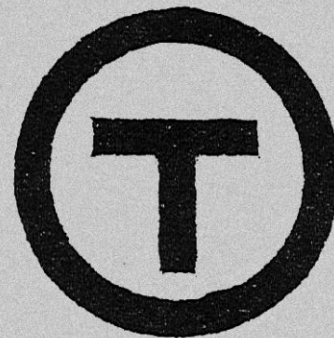
„Referat S“

Das „Referat S“ – 1993 in „Abteilung Südtirol, Europaregion und Außenbeziehungen“ umbenannt – entstand aus der Landesstelle für Südtirol, die in den 1940er-Jahren Eduard Reut-Nicolussi bei der Nordtiroler Landesregierung aufbaute. Ab Mitte der 1950er-Jahre ist das „Referat S“ eng mit dem Namen von Viktoria Stadlmayer verbunden, die 1957 mit dessen Leitung betraut wurde. Ihr Nachfolger, Robert Gismann, nannte als Aufgaben des Referates bzw. der Abteilung „Südtirol-Angelegenheiten und Angelegenheiten der Europaregion“. Dies sei nicht näher definiert, um „keine Fesseln aufzuerlegen, da sich die Aufgaben je nach politischer Situation ändern“, so Gismann. So prägte Stadlmayer maßgeblich die Nordtiroler und Österreichische Südtirolpolitik. Sie war als Expertin bei allen Verhandlungen dabei, war Mitglied der Delegation vor der UNO und Beraterin der Nordtiroler Landeshauptleute und Österreichischen Außenminister. Nachdem die großen politischen Entscheidungen in den 1970er-Jahren gefallen waren, bemühte sich Stadlmayer im „Referat S“ um den Aufbau und die Pflege von Kontakten zwischen den Tiroler Landesteilen und die kulturelle Aufbauarbeit in Südtirol. Auch die Förderung der Südtiroler Studenten waren ihr stets ein Anliegen. Auf Stadlmayer folgte 1986 Robert Gismann und 2007 Andreas Greiter.

verlangen.“ Man werde Italien Vorschläge machen, die es dann ablehnen würde, und dann das Selbstbestimmungsrecht fordern. Für sie war klar: „So wie es in Südtirol ausschaut, wird es Ende März bei der (SVP-)Landesversammlung bestimmt zum Selbstbestimmungsrecht kommen.“

In jenen Tagen verschärften sich die Spannungen zwischen Österreich und Italien außerordentlich. In Südtirol wurden als Reaktion auf die Verhandlungen in Mailand zwei Anschläge verübt. Am 30. Jänner 1961 sprengten die Innsbrucker Heinrich Klier und Kurt Welser, die der Nordtiroler BAS-Gruppe angehörten, den „Aluminium-Duce“, jenes 1938 in Waidbruck errichtete Reiterstandbild, das eindeutig die Züge Mussolinis aufwies und ursprünglich die Inschrift „al genio del fascismo“ getragen hatte; die Inschrift war 1945 in „al genio del lavoro italiano“ umgewandelt worden. Die Sprengung war bei einem Treffen beschlossen worden, an dem auch der Nordtiroler Landesrat Aloys Oberhammer teilgenommen hatte. In ganz Südtirol wurde gleichzeitig ein Flugblatt mit folgendem Text – und großem T im Kreis (als Symbol für die Einheit Tirols) – in Umlauf gebracht:

TIROLER!



Italien zeigte uns wieder die kalte Schulter. Italien sagte wiederum **NEIN** zu unserer primitivsten Forderung nach Landesautonomie. - **JETZT** ist unsere Geduld zu Ende! **JETZT** gibt es nur mehr **EINE** Forderung:

SELBSTBESTIMMUNG FÜR SÜDTIROL!

Aufruf in ganz Südtirol über Flugblätter: „Unsere Geduld ist zu Ende. Wir fordern die Selbstbestimmung.“

Am 1. Februar 1961 wurde in Glen bei Montan die Fassade des ehemaligen – und seither leer stehenden – Wohnhauses des verstorbenen faschistischen Senators und ersten Repräsentanten der italienischen Nationalisierungspolitik in Südtirol, Ettore Tolomei, durch einen

Sprengstoffanschlag schwer beschädigt. Josef Fontana hatte den Anschlag durchgeführt. Tolomeis Haus wurde damals als Nationaldenkmal gehütet.

Die Italiener demonstrierten ihre Macht. Es gab zahlreiche Verhaftungen und Hausdurchsuchungen, u. a. auch bei



Sprengungen mit Nordtiroler Unterstützung: Zwei Exponenten des Nordtiroler BAS bekannten sich zur Sprengung des „Alu-Duce“ in Waidbruck, nämlich Heinrich Klier (Bild links) und Kurt Welsler (Bild rechts).



1. Februar 1961: Nur zwei Tage nach der Explosion in Waidbruck ein weiterer symbolträchtiger Anschlag: Das als Nationaldenkmal gehütete ehemalige Haus des inzwischen verstorbenen „Totengräbers Südtirols“, Ettore Tolomei, in Glen bei Montan wird schwer beschädigt.



Wieder Gegenproteste von italienischer Seite: Auch die Jugend zieht es in Bozen auf die Straße, um die Südtiroler daran zu erinnern, was sie Italien zu verdanken hätten.

der SVP-Zentrale, der Villa Brigl. Italien versuchte, im Zusammenhang mit diesen beiden Anschlägen in der internationalen Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, als ob es sich dabei um barbarische Attentate gegen italienische Kulturdenkmäler und Gedenkstätten gehandelt habe. In Rom protestierten Studenten vor der österreichischen Botschaft gegen die Anschläge, in Bozen trugen Schüler, die für Demonstrationen schulfrei bekommen hatten, Transparente mit Galgen- und Morddrohungen gegen Magnago mit, ohne dass die Polizei eingriff.

Die Anschläge auf den „Aluminium-Duce“ und das Haus von Tolomei waren der Beginn einer ganzen Serie von Attentaten, die zu einer weiteren Verschärfung der Beziehungen zwischen Rom und Wien und der Lage in Südtirol führten. Am 4. Februar wurde eine Eisenbahnweiche in der Nähe des Bahnhofs von Auer gewaltsam beschädigt. In derselben Nacht wurden in Meran-Untermals 11 Gusseisen von der automatischen Weiche der Eisenbahnanlagen entfernt. In der Nacht zum 8. Februar wurden in Bozen Flugblätter mit folgendem Text verbreitet:

„TIROLER!

Wir haben zu handeln begonnen. Die Flugzettel und der Aluminium-Duce von Waidbruck waren eine erste Warnung. Aber:

Wir kämpfen nicht aus Hass, sondern für die Freiheit!

Der Sabotageakt gegen die Bahnlinie in Auer hätte das Leben Unschuldiger kosten können. Daher verurteilen wir ihn schärfstens. Diese verbrecherische Art der Kampfführung überlassen wir den Faschisten, an deren Händen genug Blut klebt.

Wir aber wollen die unseren sauber halten!“

Unterzeichnet war das Flugblatt mit einem großen T in einem Kreis und dem Kürzel FLS, das für „Freiheitslegion Südtirol“ stand.

Am 26. und 27. März 1961 – Italien feierte in jenen Tagen und Wochen das 100-jährige Jubiläum seiner Einigung – führte der BAS zwei Anschläge durch. Zwei im Rohbau stehende Volkswohnbauten, die für italienische Zuwanderer vorgesehen waren, wurden durch Sprengladungen schwerstens beschädigt. In Meran hatte dies Jörg Pircher, in Bozen Josef Fonta-

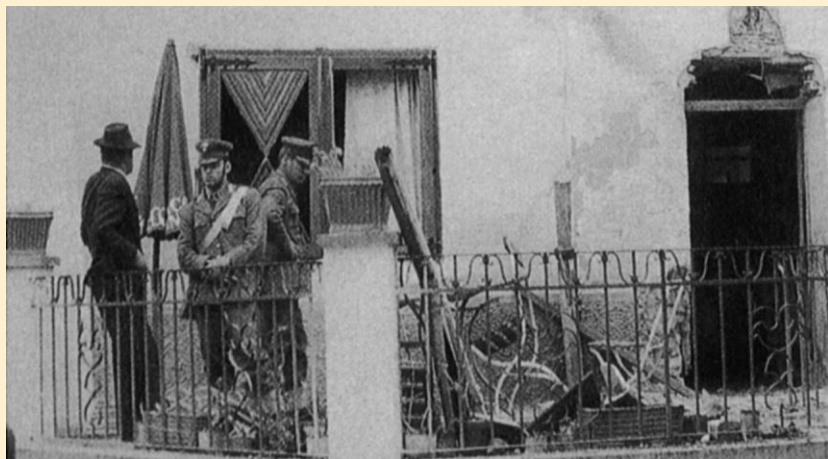
na besorgt. Am 7. April ging es weiter. In der Nähe einer Arbeitersiedlung der Trentiner Elektrizitätsgesellschaft in Bozen brachte Luis Amplatz eine 5-Kilogramm-Rohrbombe zur Explosion. Zahlreiche Fensterscheiben gingen zu Bruch; die italienischen Bewohner kamen mit dem Schrecken davon. Am nächsten Tag wurden in der Nähe dieser Häuser Flugblätter gefunden mit dem handgeschriebenen Text: „Das nächste Mal gehen die Häuser in die Luft. Wir wollen nicht ins Ausland gehen wegen euch. Geht dorthin, wo ihr her seid. Wir haben es satt!“ Straßensperren und Hausdurchsuchungen der Carabinieri blieben erfolglos.

Neun Tage später kam es beim nächsten Anschlag fast zu einer Katastrophe. Am Morgen des 16. April explodierte ein Zeitzündersprengkörper in der im Dorfzentrum von Tramin gelegenen „Bar Ferrari“. Die Explosion riss die Tür, den Türstock und mehrere Fensterstöcke aus der Mauer; in der Bar ging die gesamte Einrichtung zu Bruch. Die Pächterfamilie Ferrari und eine weitere italienische Familie im Obergeschoss der Bar hatten Glück und wurden nicht verletzt.

Italiens Innenminister Mario Scelba sprach von einer neuen „verbrecherischen Handlung“ und ordnete die Errichtung eines Kommissariats der Quästur in Tramin an. Um diese Verordnung unverzüglich ausführen zu können, wurde die Beschlagnahme des Gasthauses „Zum Löwen“ verfügt; dort sollten die Ämter eingerichtet und die Polizeiabteilung untergebracht werden. Die Beschlagnahme wurde am 17. April 1961 durchgeführt, am 18. April nahm das Kommissariat die Tätigkeit auf; gleichzeitig wurde ein italienischer Kindergarten eingerichtet. Nach einem Gespräch mit Scelba berichtete Botschafter Löwenthal nach Wien: „Wenn die Attentate weitergehen, dann wird er durchgreifen und die richtigen Maßnahmen ergreifen.“ Tramin sei nur eine Warnung. Am 21. April 1961 folgte der nächste Anschlag. An der Rückfront der Kaserne der Finanzwache in Schlanders explodierte eine 3-Kilogramm-Sprengladung. Durch die Explosion wurde ein mannsgroßes Loch in die Außenmauer gerissen und die Einrichtung des dahinterliegenden Speisesaales völlig zerstört. Mehrere Fensterstöcke wurden aus der Mauer gerissen und das Dach des Hauses schwer beschädigt. Die Finanzsoldaten, die im ersten Stock des Hauses geschlafen hat-



Italien feiert 100 Jahre seiner Einigung – und in Südtirol kracht es fast täglich: „Nur“ Sachschaden fordert die Bombe, die im März 1961 zwei im Rohbau stehende Volkswohnbauten in der Bozner Reschenstraße zerstört.



Schwerwiegender hätten die Folgen des Anschlages auf die „Bar Ferrari“ in Tramin sein können: Zwei Familien im Obergeschoss der Bar haben Glück und werden nur leicht verletzt.



Sie ziehen die Fäden der Anschlagserie im Frühjahr 1961 (von links): Sepp Mitterhofer, Jörg Pircher, Oswald Kofler und Josef Fontana.

16.1. 1961

Auf Einladung des stellvertretenden italienischen Ministerpräsidenten Attilio Piccioni sind Silvius Magnago und Alfons Benedikter zu Gesprächen in Rom. Auf das italienische Angebot („wesentliche Zugeständnisse“) gehen sie nicht ein, weil dies „als Kompromissbereitschaft hätte aufgefasst werden können“.

27./28.1.1961

Ergebnislose Verhandlungen Kreisky-Segni in Mailand. Heftige Auseinandersetzungen innerhalb der österreichischen Delegation.

30.1. 1961

Heinrich Klier und Kurt Welsper sprengen den 1938 in Waidbruck errichteten „Aluminium-Duce“.

Durchsuchung der SVP-Zentrale.

1.2. 1961

Josef Fontana verübt einen Anschlag auf das leerstehende Wohnhaus Tolomels in Glen bei Montan.

2.2. 1961

Neofaschistische Demonstrationen in Italien.

22.2. 1961

Friedl Volgger hält einen Vortrag in Bonn, der zu einer weiteren Belastung des deutsch-italienischen Verhältnisses führt.

6.3. 1961

Waffenlager des BAS (Pfundler) in Innsbruck ausgehoben.

März/April 1961

Anschläge in Südtirol.

3.4. 1961

Franz Gschnitzer wird als Staatssekretär im Außenamt abgelöst und durch Ludwig Steiner ersetzt. SVP-Generalsekretär Hans Stanek schreibt an Bruno Kreisky: „Der Austausch hat uns nicht glücklich gemacht.“

ten, kamen mit dem Schrecken davon. Zwei Tage später, am 23. April, wurde in Marling ein Anschlag auf eine unterirdisch verlaufende Rohrleitung des Montecatini-Werkes durchgeführt. Ein Rohr wurde vollständig weggerissen, zwei andere schwer beschädigt. Problematisch an diesem Anschlag war, dass in diesen Rohren ursprünglich Wasserstoff geleitet worden war. Acht Monate vor dem Anschlag war die entsprechende Anlage stillgelegt worden, und die Rohre waren deshalb leer. Die Frage war, ob die Attentäter – Jörg Pircher, Walter Gruber und Franz Höfler – davon gewusst hatten.

Wenig später gab es auch Aktionen in Österreich. In der Nacht vom 24. zum 25. April 1961 wurden die Scheiben des Haupteinganges des italienischen Kulturinstituts und italienischen Konsulats in Wien mit folgenden Aufschriften versehen:

**„ES LEBE DAS FREIE SÜDTIROL!
HEUTE TINTE, MORGEN BOMBEN!
FREIHEIT FÜR SÜDTIROL!“**

Auf den Schaufensterscheiben des Stadtbüros des Lloyd Triestino in Wien stand in großen Buchstaben: „SELBSTBESTIMMUNG FÜR UNSER SÜDTIROL“ und „TIROL IST DEUTSCH“.

Ähnliche Aufschriften waren auf den Schaufensterscheiben des Wiener Alitalia-Büros zu sehen. Dort hieß es „SÜDTIROL IST DEUTSCH. ITALIENER RAUS AUS SÜDTIROL“.

Und auf dem Haupttor der italienischen Botschaft in Wien konnte man lesen „Südtirol bleibt Deutsch“.

Es ist anzunehmen, dass all diese Aktionen auch etwas mit der Verlautbarung des italienischen Innenministeriums vom 22. April zu tun hatten, in der unter Berufung auf ein Gesetz vom Februar 1948 den Südtiroler Schützen das Tragen ihrer Trachten verboten worden war.

Innenminister Mario Scelba fuhr damals einen harten Kurs. Nach den Attentaten gab es zahlreiche Verhaftungen: Karl Thaler, Anton Gostner, Josef Fontana, Anton Tappeiner und Ignaz Bauer wurden am 20. Mai verhaftet; gegen den Vorsitzenden des Bergisel-Bundes und Direktor des Landesarchivs in Innsbruck, Eduard Widmoser, wurde ein Haftbefehl ausgestellt. Am 30. April 1961 wurde Viktoria Stadlmayer verhaftet, als sie am Brenner nach Italien einreisen wollte. Am gefährlichsten schien allerdings eine

andere Maßnahme, nämlich der von der Democrazia Cristiana im römischen Senat eingebrachte Gesetzentwurf „zur Ausbürgerung italienischer Staatsbürger, die sich der Republik gegenüber untreu verhalten“.

Schon vor der nächsten Verhandlungsrunde – Klagenfurt am 24. und 25. Mai 1961 – zeichnete sich aber eine Entwicklung ab, die später realisiert werden sollte. Scelba meinte nämlich gegenüber Botschafter Löwenthal am 10. Mai, er habe erst kürzlich den Südtiroler Parlamentariern gesagt, er sei bereit, sich mit ihnen zusammzusetzen: „In solchen internen Verhandlungen könnte die italienische Regierung wesentlich weiter gehen als in den bilateralen mit Österreich.“ Gegenüber dem Botschafter wiederholte er in aller Form diesen Vorschlag und bat ihn, diesen der Regierung in Wien nahe zu legen.

An Bundeskanzler Alfons Gorbach wurde dann eine Mitteilung des italienischen Ministerpräsidenten Amintore Fanfani weitergegeben. Dieser erklärte, dass eine De-jure-Autonomie für Südtirol und damit eine Auflösung der Region im Parlament durchzubringen aussichtslos sei. Aber er als Regierungschef sei bereit, „der Provinz alle möglichen Zustän-

Mario Scelba

Nur einmal Ministerpräsident (Februar 1954 bis Juli 1955), war der italienische Christdemokrat Mario Scelba dennoch eine prägende Figur des italienischen Staates. 1901 geboren gehörte er zu den Gründungsmitgliedern der christdemokratischen Bewegung in Italien. Besonders bekannt wurde er in seiner Funktion als Innenminister. Dreimal – von Februar 1947 bis Juli 1953, von Februar 1954 bis Juli 1955 und von Juli 1960 bis Februar 1962 – bekleidete er damit das Amt des höchsten Sicherheitskommandanten in Italien. Scelba galt als unnachgiebig und streng, ein Innenminister, der mit harter Hand besonders auch gegen politische Gegner vorgehen ließ. Innerhalb der Christdemokraten war Scelba gegen die Öffnung der Partei Richtung Sozialdemokratie und lehnte auch ein Regierungsamt im Kabinett Aldo Moro ab. 1969 entsandten ihn die Christdemokraten dann ins Europäische Parlament nach Brüssel. Mario Scelba verstarb am 29. Oktober 1991.



digkeiten zu geben, die von der Region auf die Provinz übertragen werden können und die im Interesse der Provinz liegen“. In Klagenfurt solle über den Inhalt der Autonomie gesprochen werden, also über eine De-facto-Autonomie. Sollte kein Ergebnis zustande kommen, sollten die beiden Regierungschefs (Fanfani und Gorbach) versuchen, auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen. Und Gorbach wurde noch etwas übermittelt: Wien müsse sich ganz klar von gewissen Methoden und Persönlichkeiten distanzieren, sowohl in Wien als auch in Innsbruck. Ohne Legalität und Loyalität könne man nicht verhandeln.

Die Scharfmacher nördlich und südlich des Brenners erwarteten sich nicht viel von Klagenfurt, im Gegenteil. Nach den Verhandlungen in Klagenfurt, so hieß es in einer Besprechung in Innsbruck mit Hans Stanek, Aloys Oberhammer und Eduard Widmoser, dem Obmann des Bergisel-Bundes, sollte wieder eine Landesversammlung angekündigt werden, „die dann, wenn die Voraussetzungen zutreffen, schon in Richtung S.B.R. (Selbstbestimmungsrecht) deutlich werden müsste“.

In Klagenfurt hatte der neue Staatssekretär im Außenministerium und Nachfolger Franz Gschnitzers, Ludwig Steiner, den Eindruck, „als ob in merito verhandelt werden könnte“. Außenminister Bruno Kreisky war „irgendwie optimistisch“ und betonte in einer Bewertung der Verhandlungsrunden, dass dort „eine Auflockerung eingetreten“ sei. Abgebrochen wurde jedenfalls nichts; im Gegenteil: Man einigte sich auf eine Fortsetzung der Verhandlungen in Zürich, die von Experten vorbereitet werden sollten.

Einigen gefiel diese Entwicklung überhaupt nicht. Nordtirols Landesrat Oberhammer meinte, er habe bei den Worten des italienischen Außenministers Segni und des Staatssekretärs Carlo Russo das Gefühl gehabt, einem „humoristischen Vortrag“ beizuwohnen. Und deren Überlegung, dass die Südtiroler direkt mit den Italienern verhandeln sollten, bezeichnete er gar als „Zumutung“. Für den SVP-Landtagsabgeordneten Hans Dietl waren die Angebote der Italiener „gelinde gesagt, beleidigend“. Er bat Kreisky dringend, keinen Expertenverhandlungen zuzustimmen. Kreisky aber ließ sich nicht beirren und einigte sich mit den Italienern auf eine weitere Gesprächsrunde in Zürich. So wie Oberhammer waren auch Dietl und Landesrat Peter Brugger

Ludwig Steiner

Ludwig Steiner wurde am 14. April 1922 in Innsbruck geboren. Der Volkswirt und Jurist ist wie kaum ein anderer österreichischer Politiker mit Südtirol vertraut. Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges schloss sich Steiner der Widerstandsbewegung gegen den Nationalsozialismus des späteren Außenministers Karl Gruber an. Danach war er Sekretär des Nordtiroler Landeshauptmannes, des Innsbrucker Bürgermeisters und schließlich Botschaftssekretär in Paris. Karl Gruber holte ihn nach Wien zurück, wo er zunächst sein Sekretär im Außenamt (1952-1953), später Kabinettschef von Bundeskanzler Julius Raab (1953-1958) wurde. Danach wechselte er als Diplomat nach Sofia und kehrte 1961 als Staatssekretär ins Außenministerium zurück. Als Berater der ÖVP-Regierungen setzte er sich beim Thema Südtirol stets für Verhandlungen mit Italien ein. Nach weiteren Jahren im diplomatischen Dienst in Zypern und Griechenland zog Steiner 1979 als ÖVP-Abgeordneter in den österreichischen Nationalrat ein, dem er bis 1990 angehörte. Dort war er außenpolitischer Sprecher der ÖVP.



enttäuscht vom Ergebnis von Klagenfurt. Zurück in Bozen, äußerten sie sich in der Sitzung der SVP-Leitung am 29. Mai 1961 „pessimistisch in Bezug auf die Verhandlungen in Zürich. So wie es heute aussieht, ist zu befürchten, dass in Zürich die Frage Südtirol weiter vertagt wird und der UNO-Termin verloren gehen könnte“. Auch für SVP-Sekretär Hans Stanek war Klagenfurt „alles eher als befriedigend(...). Die Verhandlungen durften nicht scheitern, und die sogenannten Extremisten wurden ausgeschaltet, nämlich die Mitglieder der Tiroler Regierungsdelegation“.

In derselben Sitzung berichtete SVP-Senator Karl Tinzl von einer Unterredung mit Innenminister Scelba, der erneut festgestellt hatte, „dass es besser wäre, wenn wir in Zukunft direkt mit Rom verhandeln würden. Auf diesen Vorschlag konnten wir natürlich nicht eingehen, da wir Österreich nicht vorgreifen können im jetzigen Zeitpunkt“, so Tinzl.

Am 5. Juni 1961 fand eine Sitzung des SVP-Ausschusses statt. Sie machte die unterschiedlichen Positionen der zwei Richtungen in der Parteispitze mehr als deutlich: auf der einen Seite Hans Dietl, Peter Brugger, Hans Stanek und der SVP-Ortsobmann von Bozen/Gries, Josef Mair-Jenner, auf der anderen Seite Sil-

22.4. 1961

Innenminister Mario Scelba verbietet den Südtiroler Schützen das Tragen ihrer „Uniform“.

30.4. 1961

Viktoria Stadlmayer wird am Brenner verhaftet.

24./25.5. 1961

Verhandlungen in Klagenfurt. Kreisky ist „irgendwie optimistisch“. Man einigt sich auf Fortsetzung der Verhandlungen; vorher sollen Experten das Problem untersuchen.

10.6. 1961

Viktoria Stadlmayer wird aus der Haft entlassen.

11./12.6. 1961

„Feuernacht“. Dutzende Anschläge innerhalb weniger Stunden.

12.6. 1961

Die SVP-Landesleitung verurteilt die Attentate „auf das schärfste“.

Die Bischöfe von Brixen und Trient reagieren fast am schärfsten: „Schwere Verbrechen ... , ganz und gar unchristliche, niedrige Gesinnung dieser Attentäter“.

13.-17.6. 1961

Österreichisch-italienische Expertengespräche in Zürich.

19.6. 1961

Außerordentliche Landesversammlung der SVP in Bozen.

19.6. 1961

Zwei junge Südtiroler werden von italienischen Soldaten erschossen.

22.6. 1961

Südtirolbesprechung in Wien unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Alfons Gorbach.

24.6. 1961

Scheitern der Verhandlungen in Zürich. Kreisky stellt intern fest, man habe „das gesteckte Ziel erreicht“.

10./11.7. 1961

Vier Anschläge außerhalb der Provinz Bozen.

12.7. 1961

Die italienische Regierung beschließt die Wiedereinführung des Visumzwanges für österreichische Staatsbürger. Erste italienische Protestnote in Wien.

13.7. 1961

Roland Ritz schlägt Einsetzung einer Parlamentskommission vor.

16.7. 1961

Zweite italienische Note.

16.7. 1961

Der Generalsekretär der SVP, Hans Stanek, wird verhaftet.

18.7. 1961

Sitzung im italienischen Außenministerium. Es geht um die Frage, wie man auf die Anschläge politisch/ juristisch reagieren soll, und vor allem darum, den Internationalen Gerichtshof in Den Haag oder den UNO-Sicherheitsrat anzurufen, um „die Verantwortung der österreichischen Regierung für die Attentate nachzuweisen“.

18.7. 1961

Österreichs Bundesregierung beschließt, die Südtirolfrage erneut vor die UNO zu bringen.

21.7./7.8. 1961

Nach Berichten über Folterungen Südtiroler Häftlinge fordern Magnago und der SVP-Ausschuss eine parlamentarische Untersuchungskommission.

22.7. 1961

Die „Neue Zürcher Zeitung“ bringt österreichische Politiker, u.a. Kreisky, in Zusammenhang mit den Attentaten.

24.7. 1961

Die Südtiroler Parlamentarier bei Innenminister Scelba. Er macht das Angebot, eine parlamentarische Kommission einzurichten, die die Südtirolfrage untersuchen soll.

vius Magnago, Parlamentarier Karl Mitterdorfer, Landesrat Anton Zelger und andere. Die Gruppe um Dietl wollte um beinahe jeden Preis einen Abbruch der Verhandlungen, um der Welt, insbesondere der UNO, deutlich zu machen, dass die Verhandlungen mit Italien gescheitert waren. Gleichzeitig wollten sie auf einer noch einzuberufenden Landesversammlung die Forderung nach Selbstbestimmung durchbringen und damit dann entsprechend der in der UNO-Resolution vorgesehenen Möglichkeiten erneut vor das Weltforum gehen. Mit Klagenfurt schien diese Taktik gefährdet, wie Hans Dietl deutlich machte: „Wir haben einen gewaltigen Rückschritt verzeichnen müssen hinsichtlich des Vorgehens von Seiten Österreichs. In Wien wurde klar und präzise gesagt, dass der Abbruch der Verhandlungen unbedingt kommen wird, folglich soll über das, was nach dem Abbruch geschehen soll, gesprochen werden“, erklärte der Landtagsabgeordnete. „Wie wir in Klagenfurt ankamen, war sofort alles anders. Von einem Abbruch war keine Rede (...). In Anbetracht dieser ganzen Lage ist ernst-

lich zu befürchten, dass in Zürich ebenso kein Abbruch der Verhandlungen erfolgen wird.“

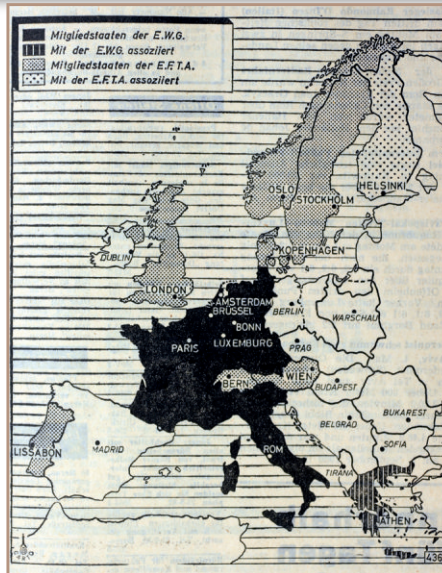
Peter Brugger ortete eine „andere Atmosphäre in Wien. Vielleicht nicht zuletzt deswegen, weil man sich in Wien jetzt eher zur EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) als zur EFTA (Europäische Freihandelsassoziation) hingezogen fühlt. Die Frage Südtirols ist daher zwischen Österreich und Italien oft ein recht ungünstiger Störenfried“.

Der Meraner Bezirksobmann Hans Eschgfäller stieß nach: „Österreich vertritt unsere Forderungen nicht mehr so wie früher. Die schlimmsten Befürchtungen sind berechtigt, dass man nämlich die Südtirolfrage versanden lassen will(...). Unter diesen Umständen müssen wir uns klar sein, dass wir auf keine halben Sachen eingehen dürfen, denn später können wir nicht wieder mit denselben Forderungen kommen.“

Magnago hielt dagegen: „Die heutige pessimistische Stimmung ist unberechtigt, da Österreich unsere Forderungen weiterhin unterstützt.“ Der Grieser Ortsobmann Mair-Jenner hatte den Ein-

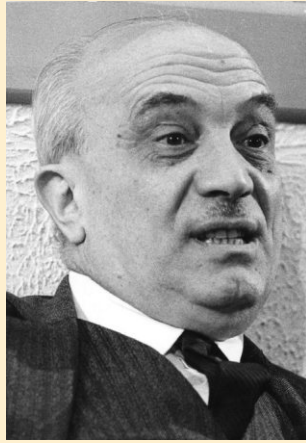
EWG und EFTA

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges gab es in Europa Bestrebungen, die wirtschaftliche und auch politische Zusammenarbeit der Länder auszubauen. Europa sollte demnach immer mehr zusammenwachsen. Mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge 1957 gründeten Belgien, die Niederlande, Luxemburg, Frankreich, Italien und die Bundesrepublik Deutschland die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft EWG. Diese sah eine Erleichterung der wirtschaftlichen Beziehungen und eine größere Personenbeweglichkeit zwischen den Ländern vor. Im Laufe der Jahrzehnte traten immer mehr europäische Länder dem Bündnis bei. Auch die Aufgabenstellung erfuhr eine starke Erweiterung und blieb nicht mehr nur rein wirtschaftlicher Art. Der Vertrag von Maastricht machte 1993 aus der EWG die



Europäische Gemeinschaft. 1997 wurde diese dann mit dem Vertrag von Lissabon zur Europäischen Union. Die Europäische Freihandelszone EFTA (European Free Trade Association) wurde als Gegengewicht zur EWG im Jahre 1960 gegründet. Im Stockholmer

Abkommen schlossen sich Großbritannien, Schweden, Norwegen, Dänemark, Österreich, die Schweiz und Portugal zu einer Zollunion zusammen. Ihnen schlossen sich Island (1961) und Finnland (1986) an. Liechtenstein, das als Teil des Schweizer Zollgebiets bereits in die EFTA einbezogen war, erwarb 1991 die Vollmitgliedschaft. Seit 1977 sind alle Zölle zwischen EFTA- und EG-Staaten beseitigt. Seit 1972 besteht eine enge Verbindung zwischen der EFTA und der EG. Mit dem Übertritt zur EWG/EG/EU verließen Großbritannien und Dänemark (1973) und dann Schweden, Finnland und Österreich (1995) die EFTA. Zwischen den verbliebenen EFTA-Staaten und der EU bestehen eigene Abkommen. Im Unterschied zur EU behalten die EFTA-Staaten ihre volle handelspolitische Selbstständigkeit.



Um eine Lösung im Frühjahr 1961 bemüht: Österreichs Bundeskanzler Alfons Gorbach und Italiens Ministerpräsident Amintore Fanfani.



Enttäuscht von den Verhandlungen von Klagenfurt im Mai 1961: die SVP-Mandatare Hans Dietl (linkes Bild) und Hans Eschgfäller (rechtes Bild).

druck, „dass in Paris (1946) Südtirol als Nutzvieh angeboten wurde, und jetzt soll es bei den Verhandlungen als Schlachtvieh dienen“. Die Einberufung einer außerordentlichen Landesversammlung unterstütze er „wärmstens“, worauf Magnago wiederholte, dass die sich „nur mit dem Thema Landesautonomie befassen darf, im Zusammenhang mit den Verhandlungen in Zürich“.

Mit Blick auf Wien versuchte Landesrat Anton Zelger zu vermitteln. Möglicherweise würde mit der Einberufung einer Landesversammlung eine Brückierung der Wiener Regierung erfolgen, „die diesen Entschluss als einen Ausdruck des Misstrauens auffassen könnte“. Er hielt es daher für gut, „wenn einige Herren nach Wien fahren würden, um festzustellen, ob Wien tatsächlich unsere Forderungen nicht mehr voll unterstützt“. Franz Widmann, damals Mitglied der SVP-Leitung, der wie Peter Brugger Kontakt zum BAS hatte, war dagegen: Wien sei in Klagenfurt von den getroffenen Beschlüssen abgewichen. Überdies spiele die Frage der EWG und der EFTA eine große Rolle. Man versuche nun, auch von Seiten Österreichs, eine Politik zu betreiben, die zur EWG führe. „Da Italien dabei ein gewichtiges Wort mitzureden hat, ergeben sich daraus auch für uns berechnete Besorgnisse“, erklärte Franz Widmann.

Auch der Wechsel im Außenministerium, wo Staatssekretär Franz Gschnitzer durch Ludwig Steiner abgelöst worden war, bewiese „eine wirkliche Kursänderung in der Südtirolfrage. Wir sind daher verpflichtet, eine klare Stellung zu beziehen, und zwar durch unser höchstes Or-

gan, die Landesversammlung“, betonte Widmann.

Am Ende der Sitzung wurde einstimmig – bei einer Stimmenthaltung – beschlossen, eine außerordentliche Landesversammlung für den 19. Juni einzuberufen. Das war genau fünf Tage vor der für Zürich angesetzten Fortsetzung der Verhandlungen mit den Italienern. Österreicher sollten nicht eingeladen werden. Martin Fuchs, der Generalsekretär im österreichischen Außenministerium, schrieb in sein Tagebuch, die Südtiroler würden „zum Angriff gegen Kreisky“ rüsten. Sie würden „alles“ tun, „um den beschleunigten Abbruch der österreichisch-italienischen Verhandlungen und in der Folge die Befassung der Vollversammlung der UNO zu erreichen. Sollte die UNO uns dann abweisen, würden sie endlich das Selbstbestimmungsrecht proklamieren können. Was immer Kreisky macht, er ist verwundbar. Entweder man wirft ihm vor, dass er zu hoch gespielt habe, ohne etwas zu erreichen (Befassung der UNO) oder aber, dass er leise tritt und sich gegen die nationale Würde vergehe (z. B. anlässlich der Verhaftung der Stadlmayer)“. Soweit Martin Fuchs in seinem Tagebuch.

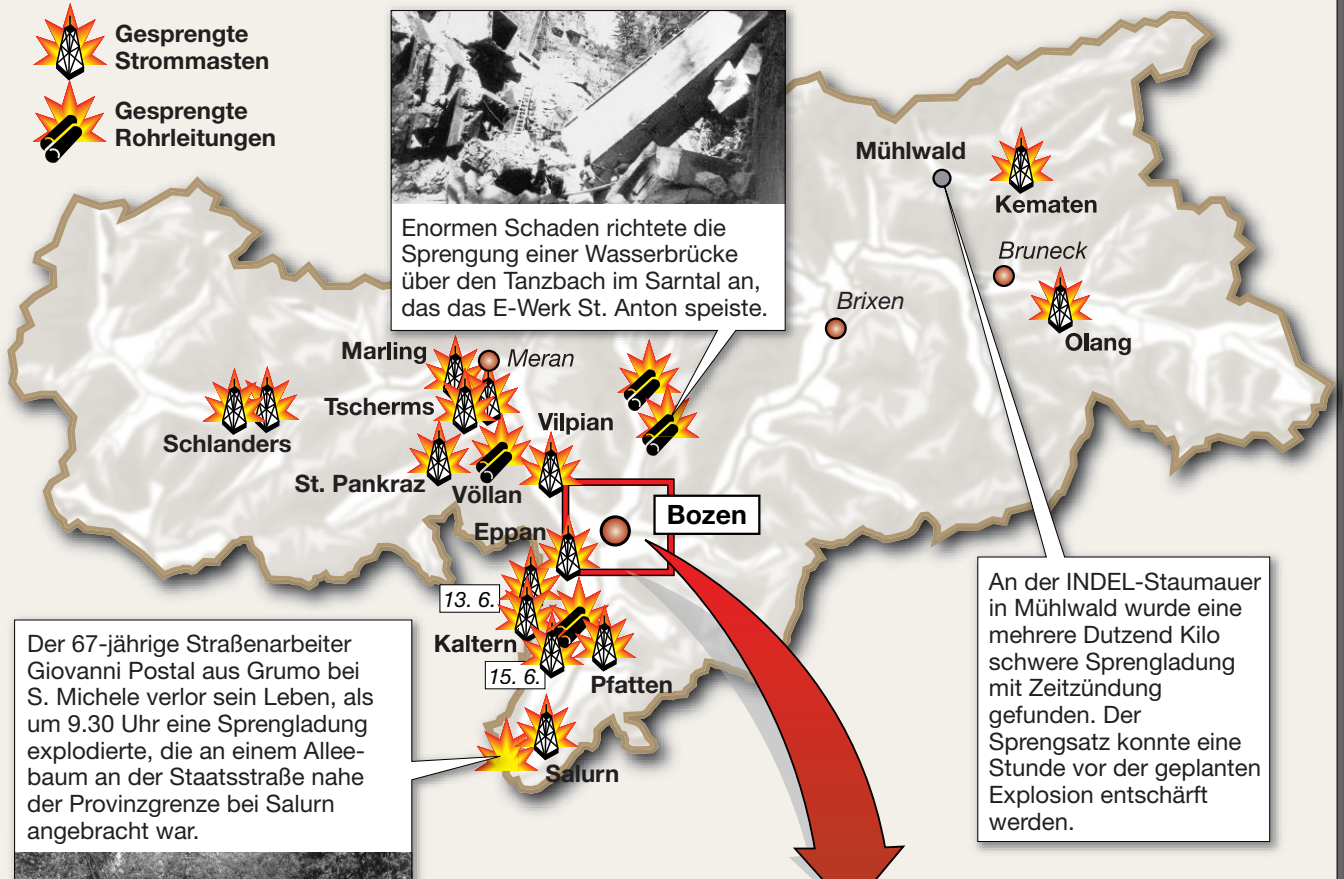
Und dann kam die „Feuernacht“. Der „Befreiungsausschuss Südtirol“ (BAS) führte in der Herz-Jesu-Nacht vom 11. auf den 12. Juni 1961 seinen lange vorbereiteten großen Schlag durch: In Südtirol wurden 37 Hochspannungsmasten, zwei Hochdruckleitungen und einige Eisenbahnmasten gesprengt. Auf Flugblättern hieß es: „Wir fordern für Südtirol das Selbstbestimmungsrecht!“

40 Anschläge in der „Feuernacht“ vom 11. zum 12. Juni 1961

-  **Gesprenzte Strommasten**
-  **Gesprenzte Rohrleitungen**



Enormen Schaden richtete die Sprengung einer Wasserbrücke über den Tanzbach im Sarntal an, das das E-Werk St. Anton speiste.

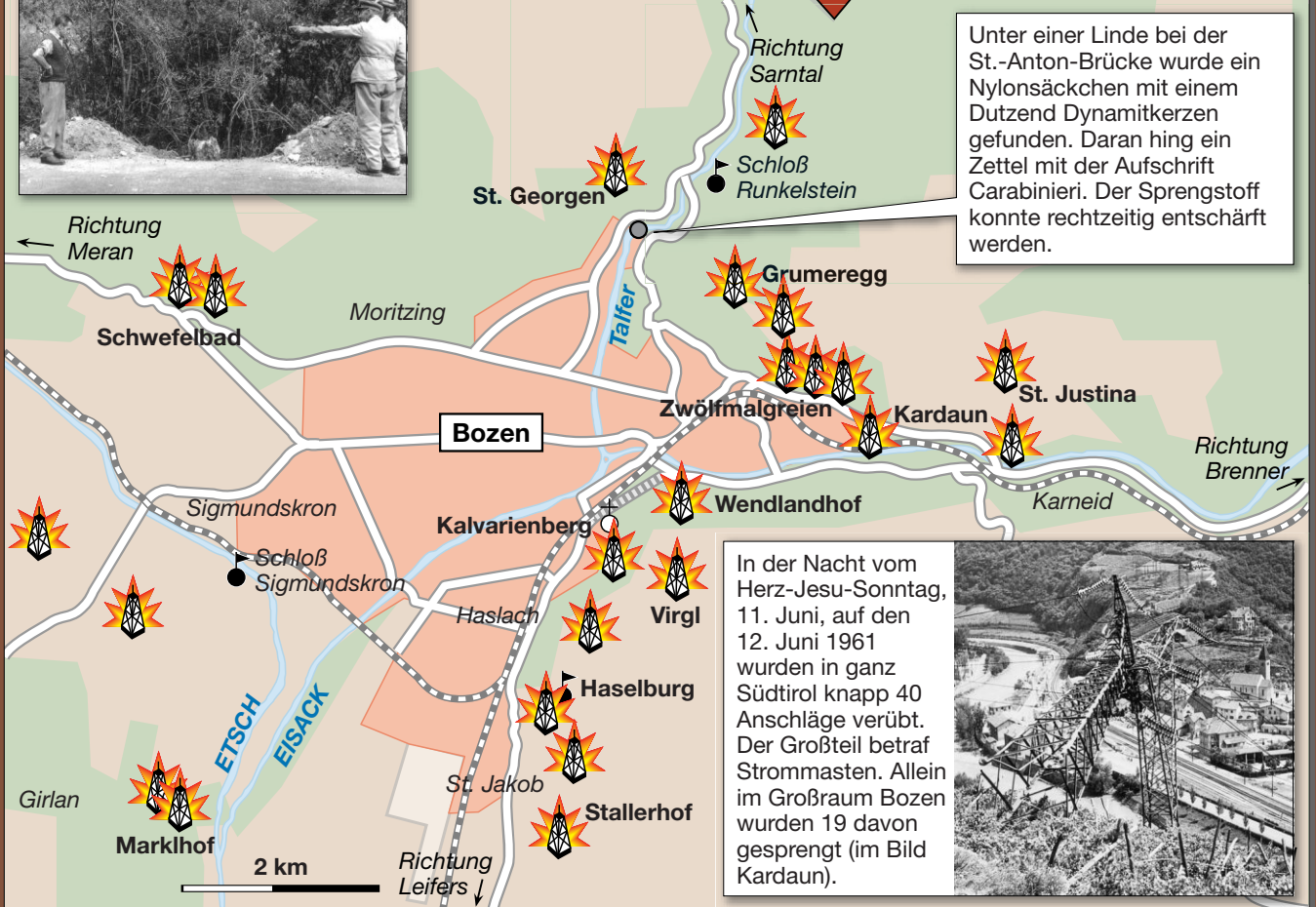


Der 67-jährige Straßenarbeiter Giovanni Postal aus Grumo bei S. Michele verlor sein Leben, als um 9.30 Uhr eine Sprengladung explodierte, die an einem Alleebaum an der Staatsstraße nahe der Provinzgrenze bei Salurn angebracht war.

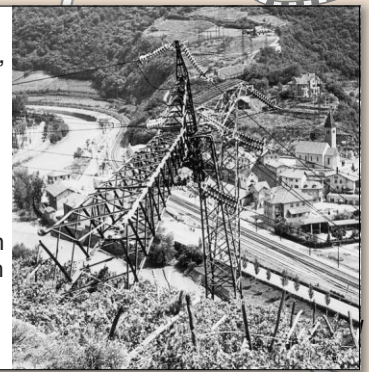


An der INDEL-Staumauer in Mühlwald wurde eine mehrere Dutzend Kilo schwere Sprengladung mit Zeitzündung gefunden. Der Sprengsatz konnte eine Stunde vor der geplanten Explosion entschärft werden.

Unter einer Linde bei der St.-Anton-Brücke wurde ein Nylonsäckchen mit einem Dutzend Dynamitkerzen gefunden. Daran hing ein Zettel mit der Aufschrift Carabinieri. Der Sprengstoff konnte rechtzeitig entschärft werden.



In der Nacht vom Herz-Jesu-Sonntag, 11. Juni, auf den 12. Juni 1961 wurden in ganz Südtirol knapp 40 Anschläge verübt. Der Großteil betraf Strommasten. Allein im Großraum Bozen wurden 19 davon gesprengt (im Bild Kardaun).



VI. 1961: Die Feuernacht

1. Der BAS auf dem Weg zur Feuernacht

Der „Befreiungsausschuss Südtirol“ (BAS), der sich im Laufe der Jahre zu einer Attentatsbewegung entwickelte, war anfangs keineswegs so angelegt. Man wollte die Unterwanderung und schleichende Italienisierung Südtirols aufhalten, eine Aufgabe, die man der

eigenen politischen Führung, der SVP, nicht mehr zutraute. Die erste größere Aktion führte der BAS anlässlich der Kundgebung in Sigmundskron im November 1957 durch. Dort wurde ein von Sepp Kerschbaumer geschriebenes und auf einer Matrizenmaschine vervielfältigtes Flugblatt verteilt. Darin wurde zum Kampf aufgerufen: „Kämpfen müssen wir für unser Recht. Kämpfen, auf dass

Josef (Sepp) Kerschbaumer

Josef (Sepp) Kerschbaumer wurde am 9. November 1913 in Frangart geboren. Er erlebte die Faschistenzeit hautnah mit. 1935/36 war er fast ein Jahr lang in die Nähe von Potenza verbannt worden. 1939 optierte er für Deutschland, wanderte aber nicht aus. 1944 wurde er in die Deutsche Wehrmacht eingezogen, konnte aber noch vor Kriegsende in sein Heimatdorf Frangart zurückkehren. Nach dem Krieg engagierte er sich politisch in der SVP und wurde in Frangart zu einer anerkannten Persönlichkeit im „symbolischen Widerstand“ gegen den Staat. Dieser erschöpfte sich in der Regel im Hissen der Tiroler Fahne, was damals verboten war. 1956 gründete er gemeinsam mit dem Bruncker Karl Tietscher und dem Grödner Josef Crepez den Befreiungsausschuss Südtirol (BAS), dessen unumstrittene, führende Gestalt Kerschbaumer war. In einem vertraulichen Überblick für den Tiroler Lan-



desrat Aloys Oberhammer bezeichnet der Sarner SVP-Ortsmann Helmut Kritzingler im Dezember 1959 Kerschbaumer als „brauchbar und wertvoll, und vor allem will er unbedingt ein Märtyrer werden. Um auf das Südtirolproblem aufmerksam zu machen, führte der BAS zahlreiche Anschläge in den 1960er-Jahren durch. Mit weiteren BAS-Mitgliedern wurde er verhaftet und nach eigenen Aussagen im Gefängnis gefoltert. Im ersten Mailänder Südtirol-Prozess bekannte er sich in imponierender Art und Weise zu seinen Taten und zu seiner Überzeugung (aus prozesstaktischen Gründen aber nicht zur Selbstbestimmung – seinem eigentlichen Ziel. Das wäre mit lebenslanger Haft bestraft worden). Er wurde zu 15 Jahren und elf Monaten Haft verurteilt. Am 7. Dezember 1964 starb Kerschbaumer im Gefängnis in Verona an einem Herzinfarkt. Sein Begräbnis (im Bild) wurde zu einer Demonstration und machte deutlich, wie die Südtiroler Bevölkerung zu ihm stand. Noch heute wird jährlich am 8. Dezember in Frangart an Kerschbaumers gedacht.





„Die Selbstbestimmung für Südtirol“: Sepp Kerschbaumer bei der SVP-Landesversammlung im Mai 1960.



„Die Autonomie wollen nur mehr Schieber und Spekulanten“: Luis Amplatz bei der SVP-Landesversammlung im Mai 1960.

Luis Amplatz

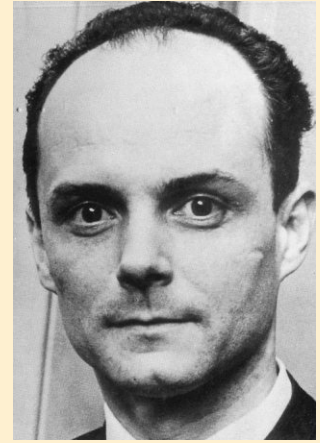
Luis Amplatz wurde am 28. August 1926 in Bozen/Gries geboren. Er war einer der Schlüsselfiguren des gewaltsamen Kampfes um Selbstbestimmung in den 1950er- und 60er-Jahre, und einer der führenden Köpfe des Befreiungsausschusses Südtirol (BAS). Sein Ziel war das Selbstbestimmungsrecht für Südtirol und damit die Rückkehr zu Österreich. Für mindestens 140 Sprengungen wurde Amplatz verantwortlich gemacht. 1964 wurde er im Mailänder Prozess zu 25 Jahren Haft verurteilt – in Abwesenheit, denn der Vater von vier Kindern war bereits nach Österreich geflohen. Bei seiner heimlichen Rückkehr nach Südtirol 1964 wurde er von Christian Kerbler in der Nacht des 7. September 1964 auf den „Brunner Mahdern“ erschossen.



wir wieder freie Tiroler werden! In einem freien Südtirol!“ Wie dieser Kampf geführt werden sollte, sagt das Schreiben nicht. Silvius Magnago und die Führung der SVP wussten zu diesem Zeitpunkt nicht, wer hinter diesem Flugblatt stand. Damals bestand die Bewegung aus weniger als einem halben Dutzend Mitgliedern. Kerschbaumer betätigte sich als unermüdlicher Brieffschreiber. Er wollte die Politiker und die Welt auf die Lage in Südtirol aufmerksam machen – nicht durch Attentate, sondern durch die Verteilung von Flugblättern und das Aushängen der Tiroleaner Fahne, „um den Tiroleaner Geist der Südtiroler anzufachen“, wie er meinte.

Diese friedliche Linie konnte schon bald nicht mehr eingehalten werden. Neue Männer stießen zum BAS. Zu den bekanntesten gehörten Georg Klotz, Franz Muther oder Luis Amplatz. Mit deren Eintritt begann eine gewisse Radikalisierung des BAS. Klotz sah sich wieder im Krieg und sprach offen von der „Vertreibung der Italiener“ und vom „bewaffneten Kampf“. Es kam daher zu ersten Meinungsverschiedenheiten mit Kerschbaumer, da dieser von der radikalen Gangart des Klotz wenig bis gar nichts hielt. Kerschbaumer wollte als überzeugter Katholik keinen bewaffneten Kampf, ihm schwebte eine breite Protestbewegung vor, auch Sabotage Sprengungen, ohne dabei allerdings Menschenleben zu gefährden.

Ende der fünfziger Jahre stießen mehr und mehr Südtiroler zum BAS. Es waren einfache Leute, hauptsächlich Bauernburschen, Handwerker, Arbeiter und kleine Selbstständige. Sie waren unerfahren im illegalen Kampf; was sie vereinte, war die ohnmächtige Wut auf die Italiener. Von den Südtiroler Politikern in der SVP hielt der BAS im Allgemeinen nicht viel. Man beschloss daher, die Sache selbst in die Hand zu nehmen – entsprechend den Vorstellungen Kerschbaumers. Es ging um Aktionen gegen Sachen, nicht gegen Menschen. So wurde im November 1957 – passend zur Veranstaltung in Sigmundskron – das Denkmal Tolomeis gesprengt, man führte Anschläge auf ein Haus der INA-Casa in Bozen und weitere auf Hochspannungsmasten und E-Werksanlagen durch, die jedoch nur zum Teil gelangen. Die Zahl der Anschläge belief sich bis Ende 1959 auf etwa zwölf, bei denen keine Menschenleben zu beklagen waren. Es wurden ferner verschiedene Flugblattaktionen durch-



Gegründet wurde der „Befreiungsausschuss Südtirol“ zwar in Südtirol, mit der Zeit gaben immer mehr Nordtiroler den Ton an (von links): Wolfgang Pfaundler, Helmut Heuberger, Eduard Widmoser und Norbert Burger.

geführt, in denen die Italiener aufgefordert wurden, Südtirol zu verlassen und die Unterwanderung einzustellen. Der für die Anschläge notwendige Sprengstoff wurde mit eigenen Mitteln auf verschiedenen Baustellen italienischer Firmen angekauft. Man besaß einige Maschinengewehre, Maschinenpistolen, Handgranaten und Pistolen, durchwegs Waffen der einstigen Deutschen Wehrmacht. Ende 1959 hatten sich etwa 250 Südtiroler im BAS organisiert. Was fehlte, war Geld, um mehr Waffen und Sprengstoff zu kaufen.

Und hier setzte eine Entwicklung ein, in der die Intellektuellen aus Nordtirol bzw. Österreich versuchten, das Heft in die Hand zu nehmen. Es hatte bereits 1957 begonnen, als Kerschbaumer die Bekanntschaft des Tiroler Journalisten Wolfgang Pfaundler machte. Pfaundler begeisterte sich schnell für die Vorhaben des BAS und versprach Hilfe – in erster Linie finanzieller Art – im Kampf um Südtirol. In den folgenden Jahren begann er, eine BAS-Gruppe in Nordtirol aufzubauen, die im Frühjahr 1959 stand. Ein Blick auf die Mitglieder zeigt den gravierenden Unterschied zwischen der Innsbrucker Gruppe und dem Südtiroler BAS. Dort Kerschbaumer und die einfachen Bauernburschen, hier die sogenannten Intellektuellen: Pfaundler, dann der Medienzar und ehemalige Agent des US-Geheimdienstes OSS, Fritz Molden aus Wien, der Journalist und spätere Generaldirektor des ORF, Gerd Bacher, weiters Helmut Heuberger, damals Assistent an der Universität Innsbruck, der Innsbrucker Kaufmann Kurt Welser, der damalige Reiseschriftsteller Heinrich Klier, der

Direktor des Tiroler Landesarchiv und geschäftsführender Obmann des Bergisel-Bundes, Eduard Widmoser – genannt „Kampfmoser“ – und der Assistent am Institut für Wirtschaftswissenschaften der Universität Innsbruck, Norbert Burger, der später beim Bombenlegen jeweils mit Hitler-Gruß salutierte.

Einer der prominentesten Mitwissenden war von Anfang der Tiroler ÖVP-Landesrat Aloys Oberhammer, der die Gruppe finanziell und politisch unterstützte und dem „Partisanenkampf“ in Südtirol

Partisanenkampf

Mit „Partisanenkrieg“ oder „Partisanenkampf“ bezeichnet man eine Serie oder Abfolge von bewaffneten Einsätzen, die von Untergrundkämpfern durchgeführt werden. Partisanen (Ableitung aus dem italienischen „partigiano“, was so viel wie „Parteigänger“ bedeutet) agieren ohne erkennbare Uniform, tragen ihre Waffen nicht offen und sind somit auch nicht als Soldaten erkennbar. Partisanen kämpfen innerhalb eines bestimmten Gebietes gegen eine offizielle Gewalt, die in eben diesem Gebiet die Herrschaft ausübt. Außer den mehr oder weniger erfolgreichen Widerstandskämpfen gegen die Faschisten in Italien, die Nationalsozialisten in Deutschland oder deren Lokalen in Frankreich, bezeichnet man auch die Kampfhandlungen der nordirischen IRA oder jene der Basken in Spanien und Frankreich als Partisanenkampf. Die in mehreren europäischen Ländern, darunter auch in Italien, tätige Geheimorganisation Gladio legte während des Kalten Krieges Waffendepots an, um im Falle einer kommunistischen Machtübernahme einen Partisanenkampf loszubrechen.

einiges abgewinnen konnte. Tatsache war, dass 1959 die ganze Stimmung im Umfeld der 150-Jahr-Feier des Aufstandes unter Andreas Hofer gegen die französische Besatzung im Jahr 1809 die Stimmung in Richtung Gewaltausübung anheizte. Oberhammer meinte damals ganz offen: „Blut muss fließen.“ Fritz Molden war der große „Zampano“, der das Geld hatte, im Hintergrund die Fäden zog und Kontakt zu höchsten Regierungsstellen herstellte. Dem Südtiroler BAS fehlte es von Anfang an an Geld und Sprengstoff. Für beides sorgte die Innsbrucker Gruppe. Aber schon 1959 kam es zu ersten Spannungen zwischen den beiden Gruppen. Kerschbaumer misstraute Pfaundler zutiefst. Dieser hatte immer wieder finanzielle und materielle Hilfe versprochen und sich dabei auf Oberhammer berufen – aber es geschah wenig bis gar nichts. Dennoch kam, was kommen musste: Wer das Geld besorgte, stellte auch den politischen Führungsanspruch. Und dies waren Pfaundler und Oberhammer. Georg Klotz, der anders als Kerschbaumer für den bewaffneten Kampf eintrat und von daher mit Kerschbaumer nicht mehr so viel zu tun hatte, erkannte diesen Anspruch Pfaunders schnell an. Pfaundler und Oberhammer wollten Kersch-

„F.M. (Fritz Molden) fragt mich, was ich dazu sage, dass die Südtiroler im Juni losschlagen wollen. Ich antworte: Man muss zwischen Herz und Verstand unterscheiden. Gefühlsmäßig kann ich es verstehen, obwohl ich nicht so temperamentvoll bin wie er (Altersunterschied), verstandesmäßig halte ich es für aussichtslos und sinnlos, zu jedem Zeitpunkt. Sie werden es nicht durchstehen können. Keinesfalls sollte die Sache aber in dem Augenblick losgehen, wo der Eindruck entstünde, die Aktion sei nur begonnen worden, um aussichtsreiche Verhandlungen zu sabotieren.“

*Tagebucheintrag von Martin Fuchs,
Generalsekretär des österreichischen
Außenamtes, vom 26. April 1960.*

„Wollen wir eine Chance haben, mit unserer Sache durchzudringen, dann geht es meiner innersten Überzeugung nach nur mit der Autonomie. Wenn wir mit der anderen Frage kommen (Selbstbestimmung), und sie möge noch so sehr motiviert und rechtlich begründet sein, naturrechtlich usw., werden wir aus unseren besten Freunden Feinde schaffen. Das kann sich Österreich nicht leisten. Das Wesentliche ist hier die Erhaltung des Volkstums in Südtirol.“

*Außenminister Bruno Kreisky in der Südtirolsitzung
am 20. Jänner 1961 in Innsbruck*

baumer im Frühjahr 1960 ausbremsen, suchten Kontakt zu Südtirolern, die allerdings in der Gruppe um Kerschbaumer organisiert waren. Kerschbaumer brach daraufhin den Kontakt zu Pfaundler ab.

Ein neuer Abschnitt begann nach der außerordentlichen Landesversammlung der SVP am 7. Mai 1960, auf der es den BAS-Leuten nicht gelungen war, die Forderung nach Selbstbestimmung durchzubringen. Von nun an setzte sich innerhalb der Gruppe endgültig die Überzeugung durch, dass nur mehr Gewalt nützen würde, um nicht, wie Luis Amplatz auf der Landesversammlung erklärte, „wie eine Schafherde in den Abgrund, das heißt in den völkischen und sozialen Untergang geführt zu werden“. Nach der Landesversammlung kam es daher wieder zu einem Kontakt zwischen Pfaundler und Kerschbaumer. Am 13. Juni 1960 fand eine Sitzung der BAS-Führung in Innsbruck statt, an der auch Fritz Molden teilnahm. Molden nannte den 20. Juli 1960 als Termin für den Beginn des „Freiheitskampfes“. Bis dahin habe die österreichische Regierung die Südtirolfrage vor der UNO anhängig gemacht. Die Anschläge sollten die österreichische Forderung nach Selbstbestimmung unterstützen und die Weltöffentlichkeit auf Südtirol aufmerksam machen. Kerschbaumer und Amplatz versuchten, Molden umzustimmen, da der BAS noch nicht bereit sei, und frühestens im Herbst losschlagen könne. Molden war damit nicht einverstanden.



Der große Schlag des BAS: In der Nacht vom 11. auf den 12. Juni 1961 werden im ganzen Land 37 Hochspannungsmasten, zwei Hochdruckleitungen und einige Eisenbahnmasten gesprengt.

Der „Freiheitskampf“ begann dennoch nicht am 20. Juli. Wahrscheinlich lagen die Gründe in organisatorischen Schwierigkeiten. Am 25. Juli 1960 fand eine weitere BAS-Sitzung in Innsbruck statt. Es sollte die letzte gemeinsame Sitzung in Innsbruck werden, an der die Südtiroler Gründungsmitglieder des BAS teilnahmen. Es kam zum endgültigen Bruch. Der entscheidende Grund dafür waren Meinungsverschiedenheiten über die politische Gangart des BAS, Differenzen, die schon längst unausgesprochen zum gegenseitigen Misstrauen beigetragen hatten. Kerschbaumer war ein Mann, der Hilfe in Österreich suchte, ohne Blick auf irgendwelche parteipolitischen Überlegungen. Ihm war es egal, ob jemand der SPÖ oder der ÖVP angehörte. Den Mitgliedern der Innsbrucker Gruppe war dies allerdings keineswegs egal. Sie waren überzeugte Parteigänger der ÖVP, denen es zwar um Südtirol ging, die aber damit auch einen innerpolitischen Kampf zwischen den beiden großen Parteien in Österreich verbanden. Dem SPÖ-Außenminister Bruno Kreisky gönnten sie auf gar keinen Fall einen Erfolg in der Südtirolfrage, und so

versuchten sie beinahe alles, um Kontakte des Südtiroler BAS mit der SPÖ zu unterbinden. Die meisten BAS-Leute in Südtirol blieben bei Kerschbaumer. Klotz und einige wenige andere Mitglieder traten auf die Seite der Innsbrucker Gruppe über.

Anfang Dezember 1960 gab es eine weitere Sitzung des österreichischen BAS in Innsbruck, an der auch Luis Amplatz teilnahm. Fritz Molden, Gerd Bacher und einige andere Österreicher wollten jetzt mit den Anschlägen noch warten, für den „großen Schlag“ rüsten und bis dahin möglichst wenig auffallen. Eine andere Gruppe um Kurt Welser, Heinrich Klier, Eduard Widmoser und Aloys Oberhammer wollte ein, zwei Anschläge durchführen, die als kleine Generalprobe für den großen Schlag dienen und gleichzeitig einen „Knalleffekt“ für ganz Italien und Österreich haben sollten. Pfandler und Klotz zweifelten an der Wirksamkeit von Anschlägen; sie wollten einen offenen Partisanenkampf wie etwa in Zypern oder Algerien auslösen. Nach dem erfolglosen Ministertreffen wurden Anfang 1961 dann die erwähnten Anschläge in Südtirol durchgeführt. Der



Über 10.000 Menschen aus ganz Südtirol kommen zur Beerdigung von Anton Gostner nach St. Andrä.

WIR KLAGEN AN!



Dieses Bild zeigt den am 22. November 1961 in der Kaserne zu Eppan von den Carabinieri grausam gemarterten und an den erlittenen Verletzungen dann im Gefängnis von Bozen verstorbenen Südtiroler Bauernburschen Franz Höfler aus Lana bei Meran. Mit ihm fanden in den italienischen Kerkern die Freiheitskämpfer Anton Gostner und Sepp Kerschbaumer den Tod. Luis Amplatz aber wurde von einem Agenten für hohes Meuchelgeld im Schlaf erschossen.

Fahren Sie nicht kalten Herzens an den Folterkernern von Bozen, Meran, Brixen, Eppan, Neumarkt und Trient vorbei!

Fahren Sie nicht über die Salurner Klause hinaus! Bleiben Sie in Tirol – in Südtirol! Lernen Sie das unterdrückte Bauernvolk Südtirols kennen und lieben!

In Ihrer Heimat aber vertreten Sie unsere Forderung:

SELBSTBESTIMMUNG FÜR SÜDTIROL!

Flugblatt des BAS, mit dem nach Franz Höflers Tod im Jahr 1961 auf die Folterungen hingewiesen wird.

deutsche Konsul in Innsbruck schrieb damals ans Auswärtige Amt in Bonn: „Der überwiegende Teil des Volkes lehnt jede Gewaltanwendung im Südtirol-Streit ab.“ Das war wohl eine zutreffende Analyse. In den folgenden Wochen reifte dann langsam beim BAS der Plan für den großen Schlag für die Nacht vom 11. auf den 12. Juni 1961.

2. Die Feuernacht – und was dann?

Auch 50 Jahre nach den Ereignissen ist die Feuernacht insbesondere in Südtirol ein sensibles Thema geblieben. Das hängt zum einen mit der damaligen Haltung der offiziellen Politik gegenüber den Attentätern zusammen, zum anderen mit dem Leid jener Leute. Sie sind misshandelt und gefoltert worden, saßen jahrelang im Gefängnis, erlitten menschliche Tragödien und finanzielle Entbehrungen. Politiker und Bevölkerung lehnten ihre Aktionen zunächst ab. Die Stimmung schlug erst um, als die Berichte über Folterungen und Misshandlungen bekannt wurden, zwei von ihnen starben – als Opfer der Folterungen, was allerdings offiziell nie bestätigt wurde –, zwei junge Burschen wurden versehentlich von Italienern erschossen. Von der Politik kam wenig Hilfe. Erst mit dem „Paket“ des Jahres 1969 und dessen erfolgreicher Umsetzung änderte sich die Sicht der Dinge. Mehr und mehr wurde die Interpretation der Aktivisten von damals und ihrer Sympathisanten akzeptiert. Und die lautete so:

- I. Es gibt keinen Unterschied zwischen den Attentätern der Feuernacht und jenen der späteren Jahre. Es waren allesamt Freiheitskämpfer. Alles zusammen ein Akt des Widerstandes gegen die verhassten Italiener; endlich hatte man es ihnen gezeigt; was es während der Faschistenzeit nicht gegeben hatte, wurde jetzt quasi nachgeholt. Damit konnten und können sich viele identifizieren.
- II. Die Attentate 1961 haben die Italiener in die Knie und zur Einsetzung der Neunzehner-Kommission gezwungen, ohne die es kein „Paket“ und keine Autonomie geben würde.
- III. Die Qualität der Verhandlungen zwischen Österreich und Italien wurde verbessert.
- IV. Die Welt wurde auf das Südtirolproblem aufmerksam gemacht. Alles zusammen ein großer Erfolg, der durch

Dolomiten

Einzelnummer 40 Lire

Anzeigenpreise: Die 65 mm breite Anzeige 120 Lire, Gerichts-
anzeigen 150 Lire, Anzeige im Text 240 Lire pro Millimeter Höhe.
Ärztliches, bzw. redaktionelle Zeile 600 Lire. — Kleine Anzeigen
nach besonderem Tarif. Die Steuer wird selbst berechnet. —
Anzeigenverteilung außerhalb der Provinz Bozen bei allen Filia-
len der Società Pubblicità Italiana. — Österreich: Tyrolia, Inns-
bruck, Maximilianstraße 9. — Deutschland: Vertretung: Mager-
Mauch, Postfach 146, Bozen. — Die Redaktion behält sich das
Recht vor, Inseratenaufträge allenfalls zurückzuweisen. — Post-
sparkassenkonto Nr. 14/712.

Tagblatt der Südtiroler

Bezugspreis Inland: jährlich 10.000 Lire, halbjährlich 5200 Lire,
vierteljährlich 2750 Lire, monatlich 250 Lire. Ausland (für Län-
der, die der Pariser Postkonvention von 1947 beitreten sind):
jährlich 18.000 Lire, halbjährlich 9200 Lire, vierteljährlich
4750 Lire, monatlich 450 Lire. Für das übrige Ausland: jähr-
lich 22.000 Lire, halbjährlich 11.200 Lire, vierteljährlich 5750 Lire,
monatlich 550 Lire. In Österreich: Einzelnummer 2,50 Schilling.

SPED. IN ABB. POSTALE / GRUPPO PRIMO

Direktion, Schriftleitung, Verwaltung und Druckerlei: Bozen, Museumstraße 42 und 42 a, Telefon 27-7-76 — Schriftleitung Meran: Telefon 24-4-27 — Schriftleitung Brisen: Telefon 22-2-39

Nr. 6

Dienstag, den 9. Jänner 1962

39. Jahrgang

Diese Schande muß gefilgt werden!

Bozen, 9. Jänner.

Vor mehr als fünf Monaten werden in den „Dolomiten“ drei Strafzeitschriften veröffentlicht, die von Südtirolern wegen erlittener Mißhandlungen durch Polizeibeamte bei der Gerichtsbehörde überreicht worden waren. Von dieser Stelle aus wurde wiederholt eine Untersuchung und die Bestrafung der schuldigen Polizeibeamten verlangt. Landeshauptmann Dr. Magnago beantragte die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission, der die in seinem Besitz befindlichen Unterlagen über die erlittenen Mißhandlungen vorgelegt werden sollten und vor welcher auch die Mißhandelten auszusagen bereit gewesen wären. Von einer Überreichung dieses die Polizei schwer belastenden Materials an die staatliche Behörde hat man zugegebenermaßen abgesehen, um die Häftlinge als auch die Haftentlassenen nicht weiteren Schikzen und möglichen Mißhandlungen auszusetzen. Die Mißhandelten selbst sollen

erschütternden Briefes, den uns Rechtsanwalt Dr. Fritz Egger, der Verteidiger des Verstorbenen, gestern abend zur Veröffentlichung in der Presse freigegeben hat und der an anderer Stelle zum Abdrucke kommt. — Dieser schreckliche Brief trägt Siegel und Unterschrift der Gefängnisverwaltung und mußte infolgedessen der „Behörde“ seit dem 16. August 1961 bekannt gewesen sein.

Eines Kommentars bedarf die erschütternde Anklage gegen die Polizei eigentlich nicht! Sie spricht in ihrer Einfachheit und Nüchternheit eine sehr verständliche Sprache. Unseres Dafürhaltens hätte Gostners Brief, der selbst die Zensurstelle der Gefängnisverwaltung passieren konnte, schon längst zur Veröffentlichung in der Presse freigegeben werden sollen, nicht nur, um diejenigen Lügen zu strafen, die die Mißhandlungen immer geglaubt haben, sondern auch um an Hand eines patenten Beweises die zuständige Behörde durch den Druck der öffentlichen Mei-

nung eine Behörde von der schwerwiegenden Verantwortung, den Sachverhalt bisher ungeklärt gelassen zu haben. Sollte er dagegen aufgeklärt worden sein, dann ist es höchst an der Zeit, mit der Sprache herauszurücken und der Bevölkerung klaren Wein einzuschenken. Die Lage ist unerträglich!

Dem Direktor der Gefängnisverwaltung und der zuständigen Gerichtsbehörde inklusive Staatsanwaltschaft muß folgende spezifische Frage vorgelegt werden: Wieso konnte Anton Gostner — wie er im Briefe an Doktor Egger deutlich schreibt — von drei Carabinieri aus dem Gerichtsgefängnis geholt und durch zehn Tage hindurch in der von ihm beschriebenen Weise traktiert werden? Wen trifft die Verantwortung für diese — wenn man von den Mißhandlungen absehen will — skandalöse Machination, die uns nur aus den nazi-faschistischen und kommunistischen Gefängnispraktiken her bekannt bzw. in

wir im Interesse aller in der Annahme nicht fehl gehen, daß noch zeitgerecht von zuständiger Seite mit notwendiger Klarheit das erlösende Wort gesprochen wird. Diese Schande muß — so weit als noch möglich — unverzüglich gefilgt werden.

Durch die scharfe und kompromißlose Verurteilung jeder Form von Gewaltanwendung zur Durchsetzung politischer Ziele haben sich die „Dolomiten“ einige verzichtbare Sympathien verschert. Sie haben dafür ein so größeres moralisches Recht und Gewicht gewonnen, gegen die Gewaltanwendung seitens der Organe aufzutreten, die zur Aufrechterhaltung von Ordnung und Gesetz berufen sein sollten. Wird von diesen das Recht gebrochen und Gewalt in der geschilderten Form zur Anwendung gebracht und von den vorgesetzten Stellen deren Vergehen nicht in geeigneter Weise geahndet, so sind sie aus innerster Ablehnung jeden Unrechtes noch viel mehr und noch viel schärfer zu verurteilen und zu brandmarken. Wird dieses abscheuliche Unrecht an einem Unschuldigen vollzogen, wie dies im Falle Gostner zutreffen zu sein scheint, weil er mit den

Die „Dolomiten“ bringen die Folterungen und Misshandlungen der Südtiroler Freiheitskämpfer in den italienischen Gefängnissen an die Öffentlichkeit: „Diese Schande muss gefilgt werden“, schreibt Chefredakteur Toni Ebner sen. in seinem Leitartikel.

die Attentate der folgenden Jahre abgesichert wurde.

Kurz: Südtirol verdankt seine Autonomie den Attentätern von 1961.

Ein Mythos war geboren, der nicht mehr in Frage gestellt wurde, nachdem in späteren Jahren sogar hochrangige Politiker ihn bestätigten. So erklärte Silvius Magnago im Oktober 1976 auf der SVP-Landesversammlung, „die Anschläge des Jahres 1961 stellten einen bedeutenden Beitrag zur Erreichung einer besseren Autonomie für Südtirol dar“, die Einsetzung der Neunzehner-Kommission sei sicher unter dem Eindruck der damaligen Ereignisse erfolgt. 1997 saß er erstmals mit einem „Freiheitskämpfer“ bei einer öffentlichen Veranstaltung zusammen und meinte zur vielfach kritisierten Haltung der SVP-Führung 1961, man habe so gehandelt, um die Verhandlungsfähigkeit der SVP gegenüber der italienischen Regierung aufrecht zu erhalten. Seine mehr als merkwürdige Haltung, wie mit den Briefen der Gefolterten umgegangen werden sollte, wurde nicht erwähnt. Ein Großteil der Folter-Briefe wurde nämlich auf Initiative Magnagos damals nicht

an die Öffentlichkeit gebracht. Erst die „Dolomiten“ haben diese Briefe in ihrer Ausgabe vom 9. Jänner 1962 bekannt gemacht.

Friedl Volgger schrieb 1986 in seinen „Erinnerungen“, die Feuernacht habe einen neuen Abschnitt in der Südtirolpolitik eingeleitet, ohne Anschläge hätte sich die italienische Regierung nie zur Einsetzung der Neunzehner-Kommission aufgerafft, und weiter: „Sepp Kerschbaumer (...) und seine Kameraden haben einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung einer neuen Autonomie geleistet.“ Ähnlich äußerte sich 1997 auch der damalige Nordtiroler Landeshauptmann Wendelin Weingartner, ähnlich auch Franz Widmann, damals Mitglied der Parteileitung der SVP. Nach späterer Aussage stand er in engem Kontakt mit den BAS-Führern in Nord- und Südtirol und wusste auch im Vorhinein über die Feuernacht Bescheid; er hatte demnach sogar einen Decknamen: „Willi“. Er schrieb 1999, die Ereignisse 1961 „gaben, wenn auch verpönt und verkannt, einen entscheidenden Anstoß für ernsthafte Verhand-

27.7. 1961

Silvius Magnago und Peter Brugger zu Beratungen über dieses Angebot bei Bruno Kreisky und Kurt Waldheim in Zürich. Kreisky spricht sich für Annahme aus.

August/ September 1961

Deutsch-italienisches Verhältnis wegen Südtirol schwer belastet.

7.8. 1961

Der SVP-Ausschuss beschließt einstimmig – und ohne Abstimmung – die Annahme von Scelbas Angebot.

10.8. 1961

Oberhammer legt seine Mandate als Obmann der Tiroler Volkspartei und als Landesrat nieder. Ein Interview vom Juli wird ihm zum Verhängnis.

31.8. 1961

Peter Brugger, Friedl Volgger und Karl Mitterdorfer zu Gesprächen in Innsbruck über Hilfe für die Südtiroler Häftlinge und deren Angehörige.

1.9. 1961

Konstituierende Sitzung der sog. Neunzehner-Kommission (Scelba-Kommission).

4.9. 1961

Schwere Auseinandersetzung zwischen Außenminister Bruno Kreisky und Staatssekretär Ludwig Steiner.

21.9. 1961

Österreichs Antrag wird vom UNO-Lenkungsausschuss einstimmig und ohne Diskussion auf die Tagesordnung der UNO-Vollversammlung gesetzt.

21./22.9. 1961

Kreisky trifft in New York zweimal mit Segni zusammen. Es geht darum, die Südtirolfrage von der Tagesordnung der Generalversammlung abzusetzen bzw. sie auf die nächstjährige zu verschieben.

„Mit dem Einbringen unserer Resolution (in der UNO, ohne Erwähnung des Gruber-De-Gasperi-Abkommens) haben wir unsere Schiffe verbrannt.“

Aloys Oberhammer zum österreichischen Vorgehen vor der UNO am 14. Oktober 1960.

„Man habe aber erfahren, dass in allen Staaten der Terror dem österreichischen Ansehen und der Südtirol-Frage ungeheuren Schaden zugefügt habe.“

Bruno Kreisky auf der Südtirolbesprechung am 5. September 1961 in Innsbruck.

lungen mit den Südtirolern“. Und dann ganz rigoros: „Wer heute noch die Behauptung aufstellen möchte, dass die Anschläge der Südtirolfrage politischen Schaden gebracht hätten, der verkennt wider aller gegenteiliger Beweise entweder völlig die Probleme oder aber er spricht in unehrlicher Absicht.“ (Widmann, Südtirol, S. 563) Die Frage, was mit den Terroranschlägen ab 1962, als gezielt auf Menschen geschossen und gemordet wurde, bezweckt werden sollte, wurde dabei von Widmann gar nicht erst gestellt. Für ihn gingen die Attentate lediglich in einer „nicht mehr durchschaubaren Eskalation“ weiter. Wäre die Frage gestellt worden, hätte die Antwort eindeutig sein müssen: Sie haben der Sache Südtirol geschadet.

Und was ist nun mit den Attentaten der Feuernacht? Nach Viktoria Stadlmayers

eigener Aussage aus dem Jahr 1992 war Sepp Kerschbaumer im Februar 1961 bei ihr in Innsbruck und wollte eine moralische Unterstützung für Anschläge, die alleine Demonstrationscharakter haben sollten. Da habe sie gesagt: „Das bringt nichts, lasst die Finger davon. Man wird euch verhaften. Und was dann? Wenn aber 10.000 hinter den Aktionen stehen und gewaltfrei auf ihre Anliegen aufmerksam machen, dann hat das eine ganz andere Wirkung.“ (S. Baumgartner/Mayr/Mumelter, Feuernacht S. 99). Und was dann? Das war in der Tat die entscheidende Frage.

Seit Ende der neunziger Jahre – nach Jahren einer erfolgreichen Autonomie – ist ein interessanter Interpretationswechsel der Feuernacht festzustellen: Demnach wollten die Feuernacht-Attentäter gar keine Autonomie, sondern von Anfang an die Selbstbestimmung. Genau dies wird jetzt von den Rechtsparteien in Südtirol politisch instrumentalisiert. Aber: Was sich so schön anhört, war gar nicht so schön. Vieles war anders, wie im Folgenden gezeigt wird. Zunächst zu Außenminister Bruno Kreisky.

Bruno Kreisky

Bruno Kreisky ist eine prägende Leitfigur der österreichischen Politik und der Sozialdemokratie.

Am 22. Jänner 1911 in Wien geboren, floh der aus einer jüdischen Familie stammende Kreisky nach Schweden,



wo er mit Unterbrechungen bis 1951 blieb. Zunächst war er als Berater des SPÖ-Bundespräsidenten Theodor Körner tätig bis er 1953 Staatssekretär im Bundeskanzleramt wurde. Und es auch bis 1959 blieb. Schließlich wurde er Nationalratsabgeordneter und war von 1959 bis 1966 – also in der Feuernacht – Außenminister. Als solcher legte er 1964 mit seinem italienischen Amtskollegen Giuseppe Saragat die Grundlage für das Südtirol-Paket. 1966 musste die SPÖ in die Opposition, Kreisky wurde 1967 Parteiohnbmann. Von 1970 bis 1983 war Kreisky Bundeskanzler, zunächst unter Duldung der FPÖ, ab 1971 alleine mit absoluter Mehrheit. Am 29. Juli 1990 verstarb Bruno Kreisky.

3. Bruno Kreisky und die Attentate

Am späten Abend des 12. Juni 1961 – Montag – rief Österreichs Außenminister Bruno Kreisky aus Deutschland, wo er Vermögensverhandlungen geführt hatte, Generalsekretär Martin Fuchs in dessen Wohnung an und, so dessen Tagebucheintrag, „beklagt sich, dass auch wir ihn über die Anschläge in Südtirol nicht informiert hätten. Ich erwidere, dass auch wir nur durch Zeitungsmeldungen informiert seien. Er verurteilt diese Anschläge schärfstens und ersucht mich bei SPÖ-Minister Karl Waldbrunner und Bundeskanzler Alfons Gorbach zu erwirken, dass der Ministerrat morgen sich sehr entschieden von dieser neuen



Hat Österreichs Außenminister Bruno Kreisky die Freiheitskämpfer in Südtirol ermutigt, es „einmal bumsen“ zu lassen? Luis Amplatz hat dies zumindest in seinem Testament geschrieben, das die Tageszeitung „Neues Österreich“ 1965 in großer Aufmachung veröffentlicht.

Terrorwelle distanziert“. Am nächsten Morgen richtete Fuchs Gorbach den Wunsch Kreiskys aus. Die Bundesregierung übersandte Kurt Waldheim, der zu dieser Zeit österreichischer UN-Delegationsleiter war, dann den Entwurf einer entsprechenden Erklärung. Diese hatte folgenden Wortlaut:

„Im Zusammenhang mit den Meldungen über eine Serie von Sprengstoffanschlägen in Südtirol hat der Ministerrat festgestellt, dass die Bundesregierung Anschläge und Gewaltakte, wo und von welcher Seite immer sie verübt werden mögen, als Mittel des politischen Kampfes schärfstens verurteilt. Die Bundesregierung hat neuerlich der Überzeugung Ausdruck gegeben, dass sich die Südtiroler Probleme entsprechend der von der letzten Generalversammlung der UN einstimmig angenommenen Resolution nur mit friedlichen Mitteln lösen lassen.“

In einer Besprechung über die Südtirolfrage am 5. September 1961 meinte Kreisky über die durch die Attentate entstandene Situation: „Man hat aber erfahren, dass in allen Staaten der Terror dem österreichischen Ansehen und der Südtirolfrage ungeheuren Schaden zugefügt habe.“

Nach diesen Äußerungen zu urteilen, war die Haltung Kreiskys eindeutig. War sie das? Die „Neue Zürcher Zeitung“ meldete am 22. Juli unter Berufung auf Persönlichkeiten, die dem österreichischen Südtirol-Unternehmen kritisch gegenüber stünden, dass Aloys Oberhammer, Franz Gschnitzer, der ehemalige Verteidigungsminister Ferdinand Graf (ÖVP) sowie Innenminister Josef Afritsch (SPÖ) und eben auch Kreisky „in den verschiedenen Phasen des Aufbaus einer Partisanenorganisation teils durch aktive Teilnahme, teils durch aktive Vorschubleistungen, teils durch mitwirkende Dul-

dung eine helfende Rolle gespielt hätten“. Wir wissen inzwischen, dass dies eine Intrige im Bundeskanzleramt gewesen war, Fragen blieben dennoch – trotz heftiger Dementis.

Anfang 1965 wurde Kreisky erneut mit den Attentätern des Jahres 1961 in Verbindung gebracht. Luis Amplatz war am 7. September 1964 ermordet worden. Wenig später kursierte ein Testament von ihm im Lande, an dessen Echtheit nicht zu zweifeln war. Amplatz behauptete darin, eine Reihe von Südtirolern, die namentlich aufgeführt waren, hätten mit maßgeblichen österreichischen Politikern und Funktionären die Frage der Gewaltanwendung in Südtirol besprochen und von diesen Hilfe und Rückendeckung zugesagt bekommen. Unter an-



„Natürlich hat Kreisky von den Attentaten gewusst“, erklärt der Nordtiroler Landesrat Rupert Zechtl.

30.9. 1961

Die Gruppe „Aufbau“ innerhalb der SVP tritt an die Öffentlichkeit. Sie kritisiert den „steigenden Einfluss einiger unbedachter extremer Elemente“ der SVP; Gefahr einer Spaltung der Partei.

1.10. 1961

Anschlag auf das Andreas-Hofer-Denkmal auf dem Bergisel bei Innsbruck.

14.10. 1961

Deutsche Befürchtungen wegen möglicher Erwähnung des „Pangermanismus“ in der bevorstehenden UNO-Debatte.

5.11. 1961

Bilaterales Treffen auf höchster Ebene in Rom (Ministerpräsident Fanfani, Außenminister Segni, Innenminister Scelba, Bundeskanzler Gorbach und Außenminister Kreisky).

8.11. 1961

Bruno Kreisky spricht in Innsbruck mit Parteigenossen über „Aufgabe der sozialistischen Bewegung in Südtirol.“

5.-23.11. 1961

Debatte in der Politischen Spezialkommission der Vereinten Nationen.

22.11. 1961

Tod von Franz Höfler im Alter von nur 28 Jahren. Er stirbt an den Folgen von Folterungen in Untersuchungshaft. Bei seiner Beerdigung in Lana werden über 10.000 Trauergäste gezählt.

28.11. 1961

Die UNO-Vollversammlung erneuert ihre Resolution vom Oktober 1960.

6./7.12. 1961

Erster Südtirolprozess in Graz. Im Vorfeld und danach massiver Druck der Tiroler Landesregierung auf die Bundesregierung, keine Südtirolprozesse durchführen zu lassen.



Zunächst als Landesrat, danach als Landeshauptmann des Bundeslandes Tirol ist Eduard Wallnöfer (rechts im Bild) stets um eine für Südtirol annehmbare Lösung des Konfliktes bemüht (im Bild mit Parteikollege Leopold Figl).

deren wurde Kreisky genannt und damit schwer belastet. In der Ausgabe vom 12. Jänner 1965 veröffentlichte die Tageszeitung „Neues Österreich“ in großer Aufmachung dieses Testament. Kreisky wurde darin mit der Äußerung zitiert: „Es ist gut, wenn es in Südtirol einmal bumst, denn nur so wird die Welt auf dieses Problem aufmerksam.“ Und an anderer Stelle, nach einem Satz von Klotz („Wenn es so weitergeht, dann werden wir eines Tages zurückschlagen.“): „Das ist die einzige Möglichkeit, um sich Luft zu machen.“ Kreisky wies das damals sofort mit Entschiedenheit zurück.

In seinen „Erinnerungen“ ist Kreisky auf dieses Thema eingegangen. Er schreibt dort: „In Südtirol gab es Tendenzen, den Forderungen nach dem Selbstbestimmungsrecht durch Terrorakte größeren Nachdruck zu verleihen. Ich habe die maßgeblichen Vertreter dieser Richtung – integre, ehrliche, knorrige Typen – zu mir nach Hause eingeladen und sie drin-

gend vor solchen Aktionen gewarnt. Aus dem Umstand, dass ich sie freundschaftlich empfang, wurden sehr böartige, entgegengesetzte Schlüsse gezogen.“ Kreisky hat nachweislich die späteren Attentäter Jörg Klotz, Sepp Kerschbaumer, Karl Tietscher und Jörg Pircher in Wien getroffen. Mit dabei war auch Rupert Zechtl, Partei- und Weggefährte Kreiskys, der mir gegenüber 1998 feststellte: „Natürlich hat Kreisky von den Attentaten gewusst.“ Wissen oder ermuntern seien aber zwei verschiedene Dinge.

Am 18. März 1993 strahlte der ORF ein Interview mit Fritz Molden aus, in dem Molden folgende Äußerungen von Kreisky zitierte: „Auf ein paar Masten mehr oder weniger soll es uns nicht ankommen.“ In einem Interview mit der „Presse“ am 8. Jänner 1999 wurde Molden noch deutlicher. Er zitierte den obengenannten Satz jetzt so: „Auf a paar Maste mehr oder weniger soll's mir net ankommen“, und fuhr fort: „Ein berühmter Satz. Den

hatte er vor einem Dutzend Zeugen wiederholt (...), in Alpbach. Da wetteiferten der Wallnöfer und der Kreisky, wer mehr für die Südtiroler getan hat. Beide, der ‚Walli‘ (Tirols ÖVP-Chef und Landesrat Eduard Wallnöfer) und der Kreisky, waren überzeugt: Das war damals richtig. Beide waren natürlich traurig über jeden Toten. Aber noch höre ich Kreisky sagen: ‚Die Zyprioten haben auch Tote gehabt, und die Algerier‘. Kreisky hat sich dazu nicht mehr äußern können. Aussage steht gegen Aussage. Fest steht jedenfalls: Kreisky hatte die Geister des Jahres 1961 sicherlich nicht gerufen. Gegenüber dem britischen Botschafter meinte er im Herbst 1963, so schlimm sei das ja alles nicht mit den Attentaten. Mit Sicherheit kann man jedoch sagen: Mit dem, was dann anschließend kam, als sogenannte Freiheitskämpfer zum direkten Terror und Morden übergingen, hatte er in der Tat nichts zu tun.

4. Die weggebombte Selbstbestimmung

Mit Blick auf die Selbstbestimmung waren die Attentate eindeutig kontraproduktiv! Selbstbestimmung, d. h. Rückkehr Südtirols zu Österreich, war ein großes Thema auf den SVP-Landesversammlungen 1959 und 1960 gewesen. Die meisten SVP-Ortsobleute wollten sie! Nur mit Mühe wurde, wie erwähnt, auf der außerordentlichen SVP-Landesversammlung im Mai 1960 eine entsprechende Resolution von der Parteileitung verhindert. War die Forderung nach Selbstbestimmung unrealistisch? Aus Wiener Sicht – allen voran Außenminister Bruno Kreisky – ja. In Nordtirol gab es starke Stimmen, die sie forderten – und die man mit Bomben und Partisanenkrieg zu erreichen hoffte. Exponenten waren hier Wolfgang Pfaundler, Aloys Oberhammer und Eduard Widmoser. In Südtirol waren die SVP-Führungsleute, allen voran Silvius Magnago, massiv dagegen. In der Parteiführung gab es allerdings auch andere Stimmen, etwa Magnagos Stellvertreter Peter Brugger.

Und es gab Stimmen, die die Selbstbestimmung wollten, allerdings ohne jegliche Gewalt. Exponenten dieser Richtung waren Franz Gschnitzer und Viktoria Stadlmayer. Festzuhalten bleibt: Die Attentäter 1961 wollten die Selbstbestimmung, auf keinen Fall Autonomie! In allen damals verteilten Briefen und Flugblättern wurde diese Forderung

Silvius Magnago



Unbestrittene Leitfigur der Südtiroler nach dem Zweiten Weltkrieg ist der Jurist und Vollblutpolitiker Silvius Magnago. Am 5. Februar 1914 geboren, verlor der junge Magnago an der Ostfront ein Bein, überlebte die schwere Verwundung aber knapp. 1947 wird er in den Bozner Gemeinderat gewählt und wird zum Vizebürgermeister der Talferstadt. Den Sprung an die Spitze der Politik schafft er 1957 als er SVP-Landesparteiobmann wird. Als solcher organisiert er die Großkundgebung auf Schloss Sigmundskron, in deren Rahmen er unter dem Motto „Los Von Trient“ eine größere Autonomie für Südtirol einfordert. 1960 wird er Landeshauptmann. Offiziell lehnt Magnago die Attentate ab und drängt darauf, dass die Südtiroler über den Verhandlungsweg eine Lösung suchen sollen: Autonomie, nicht Selbstbestimmung. Wie viel und ab wann er von den Anschlägen gewusst hat und warum er die ihm bekannten Folterungen der inhaftierten Südtiroler Aktivisten gar nicht oder erst spät zur Kenntnis genommen hat, ist bis heute unklar. Auf alle Fälle gelingt Magnago und seinen Mitstreitern der Durchbruch, als die SVP-Landesversammlung am 22. November 1969 knapp das ausgehandelte Südtirol-Paket gutheißt. Bis 1992 wurden alle darin enthaltenen Bestimmungen ratifiziert und der völkerrechtliche Streit um Südtirol beigelegt. Damit legt Silvius Magnago, der bereits 1989 das Amt des Landeshauptmannes abgegeben hatte, nach 34 Jahren seine Funktion als Landesparteiobmann zurück und zieht sich aus der Politik zurück. Der „Vater der Landesautonomie“ stirbt am 25. Mai 2010.

massiv vertreten. Das sollte dann so gehen: nach den Attentaten Abbruch und damit Scheitern der österreichisch-italienischen Verhandlungen, dann auf der außerordentlichen SVP-Landesversammlung im Juni 1961 unter Hinweis auf dieses Scheitern eine Resolution bezüglich Selbstbestimmung herbeiführen, um dann damit vor die UNO zu gehen. Es kam bekanntlich alles anders.

Interessant ist die Reaktion der SVP-Leitung am Montag, dem 12. Juni, dem Tag nach der Feuernacht. Wissende und Unwissende saßen in einem Raum. Zu den Unwissenden zählte Silvius Magnago. Im Protokoll jener Sitzung heißt es: „Doktor Magnago hält die Vermischung mit den Höhenfeuern am Herz-Jesu-Sonntag für geschmacklos. Offensichtlich handelt es sich um eine Großorganisation, welche gefährlich ist. Die Mandanten dieser



Im Gedenken an das Jahr 1796, als die Stände Tirols angesichts der herannahenden Truppen Napoleons das Land dem Herzen Jesu anvertrauten, werden am Herz-Jesu-Tag Bergfeuer entzündet. Im Jahr 1961 aber wird das Gelöbnis von Dutzenden Anschlägen überschattet.

Aktion wollen jedes ruhigere Klima sabotieren und die Situation auf die Spitze treiben, die Polizei soll sabotiert werden, damit sie sich zu Repressalien hinreißt usw. Das Ende ist dann eine Situation, in der die Fortführung der Verhandlungen keine Aussicht auf Erfolg mehr bietet. (...) Es ist klar, alle diese Anschläge schaden Südtirol, ganz zu schweigen von den wirtschaftlichen Folgen.“

Es überrascht im Nachhinein nicht, dass Franz Widmann, ein – wie wir heute wissen – „Wissender“, das etwas anders gesehen hat und später immer noch so sah. Widmann hielt die Anschläge zwar auch für „schwerwiegend“, berücksichtigt werden müssten aber auch die „Gründe“, welche zu diesen Anschlägen geführt haben. Der Akzent muss auf die Taten und nicht auf die Leute gelegt werden. Diese sind sicherlich ehrliche Südtiroler, welche es gut meinen, und keine Kriminellen“. Das wolle er ausdrücklich betonen, ohne deswegen missverstanden zu werden. Und Chefredakteur Toni Ebner sen., der am nächsten Tag die Anschläge in einem Leitartikel der „Dolomiten“ „scharf“ verurteilte („Geschändetes Herz-Jesu-Fest“), bemerkte zu Widmann,

dieser gehe von der Voraussetzung aus, „dass unsere Leute die Urheber dieser Anschläge waren. Damit taucht aber auch die Frage auf, ob diese Leute etwas Gutes getan haben, oder ob sie unserer Sache nicht dienen? Diese Frage muss man stellen und auch klar beantworten“. Worauf Widmann erwiderte, dass er von dieser Voraussetzung „natürlich nicht ausgegangen sei, dass, wenn aber der gute Glaube angenommen wird, dann muss man eben auf die Taten hinweisen und diese bzw. das System verurteilen, nicht aber die Leute selbst“.

Widmann wusste mehr als Ebner. Das änderte aber nichts an der Tatsache, dass dessen Frage die entscheidende war. Und um die ging es in den folgenden Wochen. Die neu zugänglichen, ausführlichen Tagebuchnotizen des Generalsekretärs im österreichischen Außenministerium, Martin Fuchs, sind hier besonders interessant und aufschlussreich und geben Antwort auf so manche Frage. Neben den Terroristen gab es noch „unsere Radikalen“ in Nord- und Südtirol, wie Fuchs sie nannte. Zu ihnen gehörten u. a. aus Nordtirol Staatssekretär Franz Gschnitzer, der Völkerrechtler

Der Wortlaut des Leitartikels von Chefredakteur Toni Ebner sen.:

Geschändetes Herz-Jesu-Fest

In althergebrachter Feierlichkeit hat das Volk von Südtirol den Herz-Jesu-Sonntag, das Fest des Bundesherrn, in Stadt und Land begangen. Eine besonders feierliche und tirolische Note ist diesem Feste heuer durch die Hisung der Landesfahnen auf den Dorfplätzen und Prozessionswegen gegeben worden. Das Bundeslied „Auf zum Schwur!“ wurde in allen Kirchen zum Abschluss des Hochamtes von der ganzen Kirchengemeinschaft mit tiefer Inbrunst gesungen. Die Musikpellen in ihren schönen Trachten trugen durch flottes Spiel zur Verschönerung des Festes bei. In den ersten Abendstunden loderten von allen Bergen, Hügeln und Anhöhen des Landes die Herz-Jesu-Feuer. Ein selten schöner und erhebender Tag war in echter Tiroler Tradition zu Ende gegangen. Dann kam – kurz nach Mitternacht – die Schändung des Herz-Jesu-Sonntages, des Festes des Bundesherrn unseres Volkes. Eine nicht abreißen wollende Kette von heftigen Explosionen erschütterte nicht nur das ganze Land, sondern noch mehr die Herzen des Volkes. Die im Verlaufe des heutigen Tages bekanntgewordenen Folgen und Schäden materieller Art sind erschreckend und ungeheuerlich. Das Schrecklichste ist aber der Tod eines unschuldigen Familienvaters. Die Erbitterung und Empörung unter der Bevölkerung über diese verantwortungslosen Anschläge noch unbekannter Terroristen sind groß und allgemein. Jeder einzelne und sporadische Sprenganschlag ist abzulehnen und zu verurteilen. Die Menschen gehen dann aber gewöhnlich zur Tagesordnung über, schütteln die Achseln und vergessen vielleicht wieder darauf. Nicht so am Herz-Jesu-Sonntag. Diesmal handelte es sich um eine großangelegte Aktion mit geradezu wissenschaftlich exakter Vorbereitung, die ihren Brennpunkt nicht nur auf das Herz-Jesu-Fest, sondern auf den Herz-Jesu-Sonntag, das Fest des Bundesherrn als wahren Kern der feierlichen Gestaltung und unser Land überhaupt nur dem ersten Anschlag und

Agblatt der Südtiroler. Einzelnummer 40 Lire. Nr. 133. Dienstag, den 13. Juni 1961. 38. Jahrgang. Die Bilanz der verbrecherischen Sprengstoffanschläge: Ein Toter - schwerste Schäden an Elektroleitungen. An die vierzig Masten gesprengt oder beschädigt - Entwertung im ganzen Lande. Landesleitung der SVP verurteilt die Anschläge. Vertreter aus Südtirol heute bei Innenminister O. Seelha. Sprengung im Vinschgau. Ein ähnliches Bild der Verwüstung hat sich auch im Vinschgau niedergelassen. Die dortigen Masten waren in einem Meer hoher Betonsockel eingetaucht. Die Masten wurden zerstört, die Betonsockel hingegen blieben stehen. Ein ähnliches Bild der Verwüstung hat sich auch im Vinschgau niedergelassen. Die dortigen Masten waren in einem Meer hoher Betonsockel eingetaucht. Die Masten wurden zerstört, die Betonsockel hingegen blieben stehen.

zu sich nach Rom eingeladen, wo morgen eine Lagebesprechung stattfindet. Es soll daher angenommen werden, dass Polizei und Staatsanwaltschaft diesmal nicht mehr wahllos gegen Südtirol vorgehen werden und dass der Innenminister selber keine ungerechtfertigte „napoleonische“ Maßnahme gegen die Südtiroler ergreift, sondern nur solche, die zur Verfolgung der Terroristen und zu deren Unschädlichmachung geeignet sind. Als Südtiroler können wir in dieser schweren Stunde nur hoffen und beten, dass das Fest des Bundesherrn nie wieder durch Terrorakte geschändet und unser Land überhaupt vor den selben bewahrt werde.



12.–17. Juni 1961: österreichisch-italienische Expertengespräche in Zürich zur Vorbereitung des Ministertreffens Kreisky-Saragat wenige Tage später. Noch vor Beginn der Gespräche erklären die Tiroler Teilnehmer sie intern für gescheitert.

Univ.-Prof. Felix Ermacora und Johannes Dengler, der im Außenministerium tätig war. Sie gehörten zur österreichischen Expertendelegation, die, wie in Klagenfurt vereinbart, in Zürich die neue Verhandlungsrunde der Minister vorbereiten sollte. Und es waren erstaunliche Besprechungen, die Mitte 1961 stattfanden: Sie verliefen nämlich in einer ausgesprochen freundlich-sachlicher Atmosphäre. „Offenbar will die italienische Regierung die Anschläge nicht dazu benützen, um die Verhandlungen abubrechen, was das Hauptziel der Terroristen ist“, notierte Generalsekretär Fuchs in sein Tagebuch.

Die Italiener taten den Tiroler „Radikalen“ nicht den gewünschten Gefallen: Sie dachten gar nicht daran, die Verhandlungen abubrechen und erwähnten die Bombenanschläge nicht einmal, wie im 140 Seiten umfassenden Wortprotokoll nachzulesen ist. Die Italiener zeigten nach Meinung Kurt Waldheims, des Leiters der österreichischen Delegation, im Gegenteil „weitestgehende Bereitschaft, Verwaltungsbefugnisse (...) auf die Provinz zu übertragen“, wie er Fuchs mitteilte.

In Zürich kam es zudem zu einem außergewöhnlichen Vorfall, wie Waldheim Fuchs außerdem mitteilte. Demnach

hatte der ehemalige Staatssekretär Gschnitzer Kurt Waldheim einen vorbereiteten Ministerratsvortrag für Bruno Kreisky vorgelegt, den Waldheim unterschreiben sollte. Darin war das Scheitern der Expertengespräche („italienische Angebote völlig unzureichend und unannehmbar“) festgehalten, noch bevor diese überhaupt begonnen hatten. Waldheim verweigerte die Unterschrift und erklärte sich lediglich bereit, Kreisky das Papier Gschnitzers mit der Bemerkung zu übergeben, dass dies die Ansicht Gschnitzers und der Südtiroler sei. Fuchs notierte: „Es wird immer deutlicher, dass die Nordtiroler und Südtiroler Radikalen alles tun, um das Scheitern der zweiseitigen Verhandlungen zu beschleunigen und um wieder auf die internationale Ebene zu kommen (am liebsten wieder vor (UNO-)Generalversammlung).“

Unter diesen Umständen war klar, dass das Ministertreffen zwischen Bruno Kreisky und Antonio Segni am 24. Juni 1961 in Zürich scheitern musste. Fuchs notierte, was Waldheim ihm erzählte: „Nord- und Südtiroler seien vollkommen unnachgiebig gewesen und hätten Kreisky unter Druck gesetzt.“

Die Bomben beendeten allerdings jede Diskussion über eine mögliche Selbstbe-



Es kommt, wie es so mancher Nord- und Südtiroler gewünscht hat: Die Verhandlungsrunde zwischen Italien und Österreich (im Bild Mitglieder der Delegation, von links Ludwig Steiner, Rudolf Kirchschräger, Bruno Kreisky, Kurt Waldheim und Franz Gschnitzer) in Zürich endet ergebnislos.

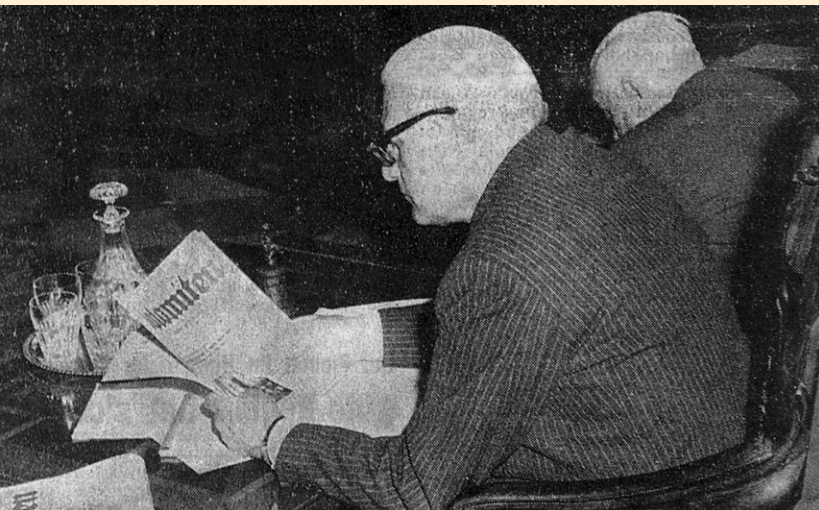
stimmung. Neben Wien hatte auch die SVP-Leitung die Attentate öffentlich auf das Schärfste verurteilt und betont, sie habe Gewaltakte als Form des politischen Kampfes immer entschieden abgelehnt und lehne sie ab. Auf der außerordentlichen SVP-Landesversammlung im Juni war die Selbstbestimmung kein Thema mehr, zumal Magnago noch einmal mit Nachdruck betont hatte, die Anwendung von Gewaltakten „widerspricht unserer katholischen Einstellung und ist mit unserem Gewissen unvereinbar. Man kann Unrecht nicht beseitigen, in dem man neues Unrecht begeht, und man kann das Recht nicht für sich beanspruchen, wenn man vom Wege des Rechtes abgeht“. Mit den Attentaten sei der Heimat „nicht nur kein guter, sondern ein äußerst schlechter Dienst erwiesen“ worden. Es handle sich offensichtlich um Personen, „deren Heimatliebe und Idealismus auf das Größte missbraucht wurde.“ Mit aller Entschiedenheit erklärte er abschließend, „dass sich die Südtiroler Volkspartei weder von der einen noch von der anderen Seite beeinflussen lassen wird, das heißt, dass weder Sprengstoff noch Flugzettel noch Polizeimaßnahmen sie von ihrem bis jetzt eingeschlagenen Weg abbringen lassen

werden“. Und dieser Weg lautete: Landesautonomie, nicht Selbstbestimmung.

Nach der Feuernacht war die Selbstbestimmung kein ernst zu nehmendes, realistisches Thema mehr, sie war im wahrsten Sinne des Wortes weggebombt worden, hatte politisch keine Chance mehr. Kein Politiker forderte mehr öffentlich die Selbstbestimmung. Ohne Bomben, möglicherweise mit den von Viktoria Stadlmayer gewünschten „Zehntausend hinter den Aktionen“, wäre sie möglicherweise ein Thema geworden, hätte sie möglicherweise auch mit Nachdruck auf der anstehenden Landesversammlung gefordert werden können, mit Bomben war dieses Thema definitiv erledigt. Es gab jetzt zudem die Neunzehner-Kommission, für Viktoria Stadlmayer „ein Sieg Italiens“. Man konnte ja schlecht als SVP mit den Italienern über die Autonomie verhandeln und gleichzeitig die Selbstbestimmung fordern. Die Attentäter hatten das Gegenteil von dem erreicht, was sie wollten. Im Bestreben nach Selbstbestimmung waren ihre Anschläge kontraproduktiv. Der Aktivist Siegfried Carli, dem 1961 die Flucht nach Nordtirol gelang, brachte das Jahrzehnte später auf die knappe Formel: „Wir haben es verhacket.“



Die Neunzehner-Kommission tagt am 21. September 1961 in Bozen. Im Bild einige ihrer Mitglieder (von links): Landeshauptmann Silvius Magnago, die Senatoren Karl Tinzl und Luis Sand, die Kammerabgeordneten Roland Riz und Karl Mitterdorfer sowie die Experten Giuseppe Tramarollo und Vincenzo Palumbo. Nicht im Bild sind die Abgeordneten Toni Ebner, Alcide Berloff, Guido de Unterrichter, Flaminio Piccoli, Renato Ballardini, Paolo Rossi (Kommissionspräsident) und Roberto Luxifredi sowie die Handelskammerpräsidenten Walter von Walther und Leo Detassis, „Union de Ladins“-Präsident Franz Prugger, Regionalausschusspräsident Luigi Dalvit und Senator Leopoldo Baracco.



Der Präsident der Neunzehner-Kommission, Paolo Rossi, bei der Lektüre der Tageszeitung „Dolomiten“.



„Zuckerbrot und Peitsche“: Italiens Innenminister Mario Scelba gehört zu den Hardlinern in Rom.

5. Die Neunzehner-Kommission

Die Neunzehner-Kommission wird von ehemaligen Attentätern direkt mit der Feuernacht in Verbindung gebracht, die damit zu einer weiteren Erfolgsstory hoch stilisiert wird, ganz nach dem Motto „ohne Anschläge keine Neunzehner-Kommission, ohne Neunzehner-Kommission kein Paket“. Die Fakten sehen auch hier ganz anders aus. Die Frage lautet: Hätte es ohne Feuernacht keine Kommission – und also auch kein Paket – gegeben? Oder anders ausgedrückt: Hat Rom die Kommission aufgrund der Feuernacht eingesetzt? Und wenn ja, warum? War das ernst gemeint oder nur ein taktischer Schachzug der Italiener? Mario Scelba, Italiens Innenminister aus Sizilien, gehörte zu den Hardlinern in Rom. Er verfolgte damals eine Politik von „Zuckerbrot und Peitsche“, wobei schon bald erkennbar wurde, dass das Zuckerbrot ziemlich versalzen war.

Die „Peitsche“ war die Verwandlung Südtirols in ein Heerlager. Zusätzliche 24.000 Soldaten sowie zusätzliche 10.000 Polizisten und Carabinieri wurden nach Südtirol verlegt, wo mehrere renommierte Hotels beschlagnahmt wurden. Es gab zahllose Hausdurchsuchungen, jedem Bewohner wurde verboten, sich zwischen 21 Uhr und 5 Uhr bestimmten Objekten zu nähern. Über den Bergtälern kreisten Hubschrauber, auf den Straßen kontrollierten Soldaten und wachten Carabinieri an allen möglichen öffentlichen Gebäuden und Hochspannungsmasten. In der Nacht vom 18. zum 19. Juni 1961 verbluteten zwei unschuldige Südtiroler Bauernburschen, die vom italienischen Militär erschossen wurden. Scelba war entschlossen, den „allogeni“ (Fremdstämmige) beziehungsweise den „valligiani dalle calze bianche“ (Bergler mit den weißen Stutzen) zu zeigen, wer das Sagen in Südtirol hatte. Die Attentäter waren schon bald verhaftet und unmenschlich gefoltert worden. Ein Vorgang, unwürdig eines demokratischen Staates. (Dies hat der Autor schon vor 20 Jahren öffentlich gesagt und hat seither Hausverbot in sämtlichen italienischen Botschaften.)

Das „Zuckerbrot“ war das Angebot Scelbas an die SVP zum inneritalienischen Gespräch über die Südtirolfrage. Schon vor der Feuernacht hatte er einen solchen Vorschlag gemacht, jetzt präzisierte er: Eine paritätische Kommission sollte sich

Unschuldig ums Leben gekommen

In Südtirol herrschte nach der Feuernacht der Ausnahmezustand. Die nach Südtirol beorderten Sicherheitskräfte wurden angewiesen, auf jeden zu schießen, der sich nachts Eisenbahnlinien, Hochspannungsmaste, Fabriken oder Stauseen näherten. So kamen in der Nacht auf den 19. Juni 1961 auch zwei unschuldige Südtiroler Burschen ums Leben: Der 21-jährige Josef Locher wurde auf einer Materialseilbahn in Durnholz erschossen, als er damit abends nach Hause fahren wollte (im Bild seine Beerdigung). Und in Mals erschossen Soldaten den 25-jährigen Hubert Sprenger, der mit einem Freund in der Nähe einiger Staatsbauten auf zwei Mädchen wartete.

Auch in den folgenden Jahren blieb die Lage im Land angespannt – mit tödlichen Folgen für Unschuldige: So wurde am 24. September 1966 in Olang der 18-jährige Peter Wieland erschossen. Er war gegen 21.30 Uhr auf dem Weg in ein Gasthaus, wo er sich mit anderen Burschen treffen wollte. Irrtümlich wurde er von Soldaten erschossen.

Opfer gab es auch unter den italienischen Soldaten und Sicherheitskräften: So wurden am 26. August 1965 die beiden Carabinieri-Beamten Palermo Ariu und Luigi de Gennaro in Sexten erschos-



sen, am 23. Mai 1966 starb der 23-jährige Finanzbeamte Bruno Bolognesi bei einem Anschlag am Pfitscherjoch-Haus, im Gsieser Tal wurden nur zwei Monate später die Finanzbeamten Salvatore Gabitta und Giuseppe D'Ignoti erschossen und den Anschlägen auf der Steinalm und auf der Porzscharte fielen sechs italienische Heeresangehörige zum Opfer (eigene Berichte dazu).

mit der Frage Südtirol beschäftigen; als Bedingung verlangte er, dass die SVP für die Dauer der Gespräche den internationalen Weg „suspendiere“. Das war die Geburtsstunde der später sogenannten Neunzehner-Kommission. Nach eigener, späterer Aussage war er bei dieser Entscheidung im Ministerrat auf harten Widerstand gestoßen. Nach außen musste eine solche Entscheidung den Eindruck erwecken, als ob Rom dieses Angebot als Reaktion auf die Attentate gemacht hatte. Dabei war etwas anderes mitentscheidend, nämlich der Beschluss der österreichischen Bundesregierung – auf Druck der (Süd-)Tiroler –, die Südtirolfrage erneut vor die UNO zu bringen. Eine ähnliche Debatte wie ein Jahr zuvor vor der UNO wäre für Italien besonders unangenehm gewesen. Würde eine Debatte kommen, so wollte Rom jetzt auf eigene Großzügigkeit gegenüber der Minderheit im Lande verweisen können – und dazu sollte diese Kommission dienen. Italiens ehemaliger UNO-Botschafter und seit Anfang Juli 1961 Botschafter in Wien, Enrico Martino, hatte genau das am 19. Juli Staatssekretär Carlo Russo empfohlen, einen Tag nach dem österreichischen UNO-Antrag. Er sprach von „unserer Entschlossenheit, direkt mit den Südtirolern zu verhandeln“, um da-

mit die Situation in der UNO „zu unseren Gunsten zu beeinflussen“. Für einige Tiroler war das zwar eine furchtbare Vorstellung, aber so kam es. Von Innenminister Scelba war dies ein außerordentlich geschickter Schachzug.

Die SVP war gefordert und musste Farbe bekennen. Eine grundlegende Entscheidung stand an: Würde man mit den Italienern über eine Autonomie sprechen, konnte man nicht gleichzeitig Selbstbestimmung fordern. Die Exponenten dieser Politik, auf der einen Seite Silvius Magnago, auf der anderen Seite Peter Brugger, fuhren am 27. Juli nach Zürich, wo es mit Außenminister Bruno Kreisky zu einer Aussprache über das weitere Vorgehen kam. Kreisky wies dabei darauf hin, dass sich die Lage für Österreich nach den Attentaten „wesentlich verschlechtert“ habe.

Bevor Magnago Stellung nehmen konnte, stellte Brugger drei Fragen, deren Beantwortung, wie er meinte, „für die bevorstehenden Auseinandersetzungen innerhalb der SVP von wesentlicher Bedeutung sei“. Als erstes wollte er wissen, ob die österreichische Bundesregierung eine Forderung der Südtiroler nach Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes unterstützen wird. Kreiskys Antwort: „Nein“. Brugger: „Besteht Aussicht, dass



Zusätzliche 24.000 Soldaten sowie 10.000 Polizisten und Carabinieri verwandeln Südtirol nach der Feuernacht in ein Heerlager.

ein dritter Staat das Selbstbestimmungsrecht für Südtirol vertreten wird?“ Kreisky verneinte erneut mit der Begründung, dass sämtliche UNO-Mitgliedsstaaten Minderheitenprobleme hätten und daher nicht gewillt seien, für das Selbstbestimmungsrecht der Minderheiten einzutreten. Dann wollte Brugger wissen, ob Sicherheitserwägungen die Westmächte zu einer Unterstützung des Südtiroler Anliegens veranlassen würden. Die Südtiroler Bevölkerung sei „als dezidiert antikommunistisch bekannt und würde daher für den Westen einen wesentlichen Sicherheitsfaktor gegen den Osten darstellen“. Kreisky erwiderte, dass dieses Argument bereits in der Vergangenheit gebracht worden sei, „jedoch keinerlei Erfolg zeitigte“.

Dann kam Magnagos Part. Auf seine Frage, ob die österreichische Position in der UNO durch die Sprengstoffattentate geschwächt worden sei beziehungsweise schlechter sei als im vergangenen Jahr, erwiderte Kreisky, er sei davon überzeugt, dass die Situation wegen der Attentate

schlechter sei als im vergangenen Jahr. Magnago stellte daraufhin fest, dass „die Attentatswelle auch den Südtirolern großen Schaden verursacht habe, und zwar sowohl wirtschaftlichen als auch politischen Schaden. Insofern nämlich, als die Existenz der Partei in Gefahr gebracht wurde.“ Seien maßgebende Wirtschaftskreise Südtirols schon früher der SVP eher fern gestanden, so hätten sie nunmehr die aus der Attentatswelle entstandene Schädigung der Südtiroler Wirtschaft zum Anlass genommen, gegen die Partei vorzugehen. Es bestehe kein Zweifel darüber, dass Spaltungsversuche vorhanden sind.

Kreisky sprach sich dann für eine Annahme des Angebotes Scelbas aus, obwohl er sehr deutlich erkannte, was noch dahinter steckte: Die von italienischer Seite gewünschte Aussetzung des internationalen Weges als Gegenleistung für direkte Verhandlungen „berge die Gefahr in sich, Österreich auszuschalten und direkte Verhandlungen als Niederlage Österreichs herzustellen. Dies sei zweifel-



Öffentliche Gebäude, Hochspannungsleitungen und andere neuralgische Stellen werden von italienischen Sicherheitskräften überwacht, Südtiroler dürfen sich diesen Orten in den Nachtstunden nicht mehr nähern.

los der Wunsch Scelbas“. Offensichtlich gab es auch in der SVP falsche Vorstellungen über die Erfolgsaussichten vor der UNO. In Südtirol seien von gewisser Seite unrealistische Hoffnungen geweckt worden, meinte der Abgeordnete Roland Riz gegenüber Botschafter Löwenthal. Magnago glaube offensichtlich an die Möglichkeit eines UNO-Erfolges. Riz bat mit Einverständnis seines Kammerkollegen Karl Mitterdorfer dringendst, Kreisky möge Magnago rückhaltlos informieren, was von der neuen UNO-Aktion zu erwarten sei. Dann meinte Riz noch „entschieden und mit der Bitte um Weitergabe, falls der Nordtiroler Landesrat Aloys Oberhammer weiterhin in der österreichischen Delegation bleibe, müsse man die Frage aufwerfen, ob diese Delegation überhaupt noch die Interessen der Südtiroler Bevölkerung vertreten könne“.

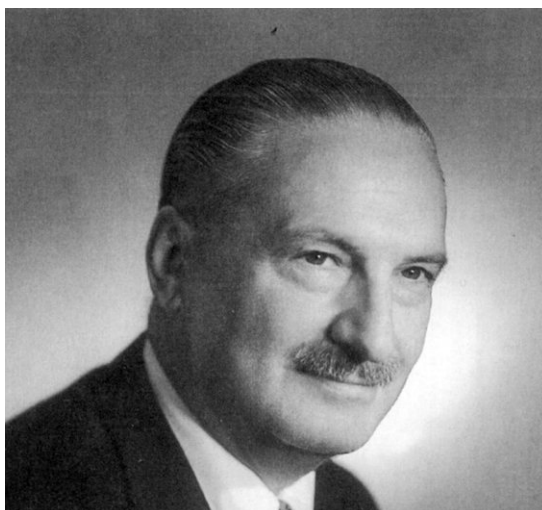
Was Rom mit der Kommission tatsächlich wollte, machte der italienische Vertreter in New York deutlich: als Argument für eine möglichst ruhige und kurze Debatte vor der UNO: „Die Atmosphäre für

die Scelba-Kommission und für bilaterale Kontakte solle nicht gestört werden.“ Ergebnisse für Südtirol waren nicht vorgesehen. Als Begründung dienten die Attentate. Am 5. November 1961 meinte Innenminister Mario Scelba zu Außenminister Bruno Kreisky und Bundeskanzler Alfons Gorbach in Rom zur Arbeit der Neunzehner-Kommission: „Die öffentliche Meinung steht noch unter dem Eindruck der Attentate und würde ein Entgegenkommen als Nachgiebigkeit gegenüber der Gewalt empfinden.“ Damit, so Kreisky, trat das italienische „Doppelspiel“, wie er das nannte, deutlich zu Tage. Erkennbar war das auch an der Tatsache, dass es bei der Zusammensetzung der Kommission erhebliche Probleme in Rom gab und schon bald von einer paritätischen Kommission keine Rede mehr war. Genau das war wohl von Scelba von Anfang auch beabsichtigt worden. Seine Ministerkollegen hatten das zunächst nicht richtig verstanden. In der Sitzung des Ministerrats zum 1. September 1961 ist die Rede

von einer „larga discussione“. Gegenüber Botschafter Löwenthal wies Scelba später – inzwischen ohne Ministeramt – auf den „harten Widerstand“ einiger Kabinettskollegen hin: Ein anderer als er „hätte sich nicht durchgesetzt“. In den folgenden Monaten gab es von italienischer Seite dann auch kein Entgegenkommen.

Die UNO hatte auch nicht geholfen. Eine Wiederholung der Resolution aus dem Jahr 1960 hatte man bekommen. Mehr nicht! Die Italiener hatten die Neunzehner-Kommission in New York „ausgeschlachtet“, wie Magnago es in einer Sitzung der SVP-Leitung am 27. November 1961 formulierte. Das „friedliche Mittel“, das sich einige von der UNO erhofft hatten, hatte man nicht erreicht, „weil die Neunzehner-Kommission da war“, wie er meinte. 14 Tage zuvor, am 14. November, hatte er klar gemacht, wo man möglicherweise landen würde: Wenn keine Einigung in der Neunzehner-Kommission erzielt werde, „stehen wir vor dem Nichts“. Und am Ende des Jahres machte Italiens Botschafter in Wien, Enrico Martino, gegenüber Generalsekretär Fuchs deutlich, dass die Neunzehner-Kommission „eine rein interne italienische Angelegenheit“ sei, die auch mit dem Gruber-De-Gasperi-Abkommen nichts zu tun habe. Sie sei eine „Studienkommission, die ein Problem des italienischen Staates zu prüfen habe“, Südtirol sei „kein österreichisch-italienisches Kondominium“.

Das war das Ergebnis des Jahres 1961! War unter diesen Umständen diese Kommission ein Erfolg – gar ein Erfolg der Feuerernacht, wie vielfach von ehemaligen Attentätern behauptet worden ist? Wohl kaum. Und noch etwas ist immer wieder behauptet worden, dass nämlich die Attentate die Qualität der Gespräche zwischen Österreich und Italien verbessert hätten. Das genaue Gegenteil ist der Fall! Es kam genauso, wie Kreisky es befürchtet hatte: Es gab überhaupt keine Gespräche mehr! Die Italiener verwiesen stets auf das inneritalienische Gespräch, die zitierte Neunzehner-Kommission, und die schleppte sich Monat für Monat dahin, immer am Rande der Auflösung. In einer Südtirolbesprechung am 10. September 1963 wies Kreisky ziemlich frustriert darauf hin, dass sich Italien seit zwei Jahren weigere, mit Österreich zu verhandeln und „dabei stellt sich die Frage, wie lange kann sich Österreich das gefallen lassen?“.



Italiens Botschafter in Wien, Enrico Martino: „Die Neunzehner-Kommission ist eine rein interne italienische Angelegenheit.“



Kammerabgeordneter Roland Riz war auch in der Neunzehner-Kommission, die in den 1960er-Jahren aber wenig ausrichten kann.



Als Kammerabgeordneter ebenfalls Mitglied der Neunzehner-Kommission: Karl Mitterdorfer



Nach 43 Tagen in Haft endlich wieder auf freiem Fuß: Viktoria Stadlmayer verlässt am 10. Juni 1961 in Begleitung ihres Anwaltes Roland Riz (rechts im Bild) und des österreichischen Generalkonsuls in Mailand das Bozner Gefängnis.

Viktoria Stadlmayer

Viktoria Stadlmayer wurde am 22. August 1917 in Brixen geboren, ihre Mutter war eine geborene Gräfin Wolkenstein-Trostburg, ihr Vater stammte aus Oberösterreich. Die Matura legte sie in Berlin ab, dort und später in Wien studierte sie auch. 1941 trat sie in den Dienst der Nordtiroler Landesregierung. 1957 wurde sie zur Leiterin des Referates S (Südtirol) bestellt und war als solche Beraterin und Beobachterin im Zusammenhang mit der Nordtiroler Südtirolpolitik und Koordinatorin zwischen Bozen, Innsbruck und Wien. In italienischen Medien wurde sie als „Passionaria del Tirolo“ bezeichnet, sie war **die** Südtirol-Expertin schlechthin. Bis 1985 leitete sie das Referat S. Stadlmayer wurde bis zu ihrem Tod am 25. Februar 2004 von Österreich, der Universität Innsbruck, dem Land Tirol, der Stadt Innsbruck und der SVP mehrfach für ihre Verdienste ausgezeichnet.



6. Viktoria Stadlmayer und die Attentate

Zu Attentaten und Neunzehner-Kommission äußerte sich Anfang 1962 die langjährige Leiterin des „Referates S“ bei der Nordtiroler Landesregierung, Viktoria Stadlmayer, in einem streng vertraulichen Memorandum für den Nordtiroler Landeshauptmann Hans Tschiggfrey. Es ist ein außergewöhnlich interessantes Dokument, zumal Stadlmayer – selbst Südtirolerin und eine der anerkanntesten und einflussreichsten Südtirol-Persönlichkeiten – linker oder gar landesverräterischer Neigungen unverdächtig war. Ihr Urteil hatte Gewicht. In ihrem Kampf für die Selbstbestimmung Südtirols, für die sie mit Nachdruck eintrat, hatte Stadlmayer von Anfang an jedwede Art von Gewalt abgelehnt. In diesem Dokument fällt sie nun ein vernichtendes Urteil über die Bombenattentate des Jahres 1961. Die Attentate waren durchgeführt, die

Attentäter verhaftet worden, ohne über ihre Frage „Und was dann?“ nachgedacht zu haben. Sie beantwortete diese Frage jetzt in diesem Memorandum. Für sie war die Bombenpolitik zur Erreichung der Selbstbestimmung gescheitert. Und mit der Einsetzung der Neunzehner-Kommission hatte ihrer Meinung nach Italien einen Sieg errungen, da die Südtiroler gesehen hätten, dass sie zu einer Politik verleitet werden sollten, die gar nicht durchsetzbar war und die ihnen nur großes Elend bringen würde. Für Stadlmayer stand fest, wie sie ganz dezidiert formulierte: „Die Neunzehner-Kommission und ihre positive Aufnahme in Südtirol ist kein Erfolg der Bombenpolitik, sondern ist ein Sieg Italiens.“ Große Erwartungen an die Kommission hatte sie nicht, denn, so schrieb sie: „Es handelt sich also zur Zeit eigentlich nur um die Frage, wie faul der Kompromiss sein wird, zu dem es in der Neunzehner-Kommission kommen wird, wenn Südtirol nicht das Odium eines ‚leichtfertigen‘ Abbruchs auf sich nehmen will. Nach dem wirklichen Erfolg vom 28. Jänner 1961 in Mailand, als Italien aufgrund der in der Form sehr maßvollen, im Inhalt sehr starken Forderungen Österreichs die Verhandlungen abbrach, sind wir heute in eine Sackgasse geraten, aus der ein Ausweg nur schwer zu finden ist.“

Die Bombenanschläge waren auch in den Wintermonaten 1961/62 und vor-

Toni Ebner sen.



Toni Ebner wurde am 22. Dezember 1918 in Aldein geboren. Er studierte Rechtswissenschaften in Bologna und promovierte während eines Militärurlaubes 1943. Als einer der Jüngsten wirkte er 1945 bei der Gründung der SVP mit und wurde ihr erster Sekretär. 1948 zog er als jüngster Abgeordneter in die römische Abgeordnetenkammer ein, der er bis 1963 angehörte. Vom 4. Jänner 1951 bis zum 16. Februar 1952 sowie vom 3. März 1956 bis zum 25. Mai 1957 war Toni Ebner Obmann der SVP. Im Europarat wirkte er von 1954 bis 1969. Von 1961 bis 1964 war er Vorsitzender und Sprecher der SVP-Fraktion im Bozner Gemeinderat. Ebner gehörte zum engsten Mitarbeiterkreis von Kanonikus Michael Gamper, mit dessen Nichte Martha Flies er verheiratet war. Kanonikus Gamper schlug Ebner 1956 für die Leitung der Verlagsanstalt Athesia und der Tageszeitung „Dolomiten“ vor, der Vorstand stimmte diesem Wunsch zu. Seitdem widmete sich Ebner voll und ganz dieser neuen Aufgabe. 1977 wurde Ebner Verfassungsrichter im Lockheed-Prozess. 1981 wurde er zum Staatsrat ernannt, und im selben Jahr auch zum Präsidenten der Verlagsanstalt Athesia gewählt. Am 13. Dezember 1981 verstarb Toni Ebner an einem Herzinfarkt.

nehmlich seit Neujahr 1962 vereinzelt weitergegangen, und es wurde befürchtet, dass gewisse Kreise die Absicht hatten, sie nach der Schneeschmelze in großem Umfang wieder aufzunehmen. Staatssekretär Ludwig Steiner im Außenministerium in Wien äußerte sich dazu im Ministerrat folgendermaßen: „Es beginnt nun eine Welle des Terrors, die alles in den Schatten stellt, was war.“

Dazu Viktoria Stadlmayer in dem erwähnten Memorandum: „Wenn also im Frühjahr eine neue Welle von größeren Anschlägen einsetzen sollte, so hieße dies nicht, einen Misserfolg in einen Erfolg umwandeln, sondern eine Niederlage endgültig zu besiegeln, nicht nur vor der Weltöffentlichkeit, vor der es nicht mehr zu verbergen ist, dass die Fäden nach Österreich führten oder gar die Initiatoren in Österreich sitzen, während die Basis in Südtirol selbst hierfür sehr klein ist, sondern vor allem vor der Südtiroler Bevölkerung. Es kann also nur mit allem Ernst vor der Wiederaufnahme eines solchen Vorgehens gewarnt werden.“ Jeder neue Bombenanschlag würde ihrer

Roland Riz

Roland Riz wurde am 12. Mai 1927 in Bozen geboren. Er studierte Rechtswissenschaften, promovierte 1948 und ist seither als Anwalt tätig. Der Professor an den Universitäten von Modena, Padua und Innsbruck sowie Autor zahlreicher wissenschaftlicher Publikationen begann seine politische Karriere 1957 als Vizebürgermeister von Bozen. Von 1958 bis 1963 und von 1968 bis 1987 war er Abgeordneter der römischen Kammer, 1987 wechselte er in den Senat, dem er bis 1996 angehörte. Roland Riz war Mitglied aller Kommissionen, die sich mit der Reform des Autonomiestatutes befassten. 1991 übernahm er das Amt des SVP-Obmannes von Silvius Magnago, das er bis Ende 1992 innehatte. Er, der langjährige Chefdiplomat der SVP, konnte 1992 als SVP-Obmann das Paket mit der Streitbeilegungserklärung vor der UNO abschließen.





Und immer wieder neue Anschläge, die Viktoria Stadlmayer intern als „verheerend für unser weiteres Vorgehen“ bezeichnet.

Meinung nach ein Minuspunkt für die österreichische und Südtiroler Politik in dieser Sache sein. Neue Anschläge bezeichnete sie wörtlich als „verheerend für unser weiteres Vorgehen“.

7. Die Richtung „Aufbau“ in der SVP

Die „Bombenpolitik“ war jedenfalls gescheitert. Das war das eine Ergebnis der Attentate, das andere war, dass durch sie die SVP in die größte Krise ihrer Geschichte geraten war. Die Attentate hatten, wie Magnago intern festgestellt hatte, den Südtirolern wirtschaftlich und auch politisch großen Schaden zugefügt, insofern nämlich, als die „Existenz der Partei in Gefahr gebracht wurde“. Es sei kein Zweifel, dass „Spaltungsversuche“ vorhanden seien. Maßgebliche Wirtschaftskreise Südtirols seien schon früher der SVP eher ferngestanden; die aus der Attentatswelle resultierende Schädigung der Südtiroler Wirtschaft hätten sie jetzt zum Anlass genommen, gegen die

Partei vorzugehen. Mit besonderer Aufmerksamkeit wurde diese Entwicklung auch in Nordtirol beobachtet. Eine der einflussreichsten Persönlichkeiten in Südtirol war „Dolomiten“-Chefredakteur Toni Ebner sen. Am 14. Juli 1961 wandte sich Viktoria Stadlmayer an ihn und wies auf die Probleme hin; die Lage sei „wirklich so kritisch wie noch nie“. Und in dieser Situation bat sie Ebner um Hilfe. Es sei völlig zu verstehen, so Stadlmayer, dass die Südtiroler Hoteliers und ein großer Teil der weiteren Wirtschaftszweige äußerst unglücklich über die jetzige Lage und den entstehenden Ausfall seien, aber daran lasse sich ja momentan nichts mehr ändern, höchstens durch Versuche verbessern, die durchzuführen „Sie wahrscheinlich mehr Möglichkeiten haben werden wie wir“. Sie habe nur die große Angst, dass sich aus dieser berechtigten Sorge der Wirtschaftskreise eine politische Tendenz ergeben könnte, die die Lage erst recht katastrophal gestalten würde. Wenn man sich schon in den früheren Jahren eine Spaltung nicht leisten konnte, „so hoffe ich, dass diese Kreise einsehen, dass heute eine Spaltung geradezu

Die Richtung „Aufbau“ in der SVP: Wer sich ihr anschloss

70 Bürgermeister und Vizebürgermeister

Adami Karl, BM Gargazon; Alber Franz, BM Haflling; Bacher Johann, BM Pfitsch; Bonell Michael, BM Truden; Bonell Peter, BM Andrian; Craffonara Alois, BM Abtei; Dibiasi Willi, BM Naturns; Eisenkeil Artur, Vize-BM Partschins; Elser Alois, „Wötzl“, BM Dorf Tirol; Ennemoser Johann, BM St. Martin/Passeier; Ennemoser Josef, BM Moos/Passeier; Eppacher Josef, BM Sand in Taufers; Gamper Alois, BM Jenesien; Gamper Josef, Krautsamer, Vize-BM Marling; Ganner Bruno, Vize-BM Meran; Geiger Hans, BM Welschnofen; Gitzl, Karl, BM Ratschings; Golser Alois, BM Tschermes; Gratl Anton, Vize-BM Kaltern, Obmann Konsumgenossenschaft; Gröbner August, BM Brenner-Gossensaß; Gruber Josef, BM Lana; Höller Hugo, BM Terlan; Huber Konrad, Vize-BM Terlan, Obmann Bauernbund Terlan; Kasslatner Rudolf, BM Wolkenstein; Kiem Johann, „Bachguter“, Vize-BM Algund; Knoll Matthias, BM Tisens; Knoll Paul, Vize-BM Bozen; Kollmann Alois, BM Laurein; Kostner Franz, BM Corvara; Kröss Ignaz, BM Vöran; Lantschner Franz, BM Karneid; Lechthaler Jakob, Vize-BM Schlanders; Leitgeb Leonhard, BM Gsies; Leutsch Hartmann, BM Branzoll; March Alfred, BM Montan; Meßner Johann, BM Villnöß; Muther Ernst, BM Laas, Alt-L.-Abg.; Nagele Willi, BM Auer; Pattis Karl, BM Tiers; Pichler Johann, BM Ritten; Pircher Johann, BM Riffian; Plank Johann, BM Deutschnofen; Ploner Alois, BM Völs; Pöder Bartholomäus, BM St. Pankraz/Ulten; Pohl Hubert, BM Kastelbell; Riffeser Anton, ANRI, Vize-BM St. Christina; Rott Anton, BM Sarntal; Santifaller Luis, Vize-BM St. Ulrich, Gebietsvertreter Gröden in der SVP; Saxl Hans, BM Sterzing; Schenk Anton, BM Lajen; Seebacher Viktor, BM Vintl; Skasa Josef, BM St. Christina; Sölva Siegfried, BM Kaltern; Stecher Karl, BM Mals; Tavella Josef, BM St. Martin/Thurn; Ties Anton, BM Enneberg; Trocker Josef, BM Kastelruth; Tschöll Josef, BM St. Leonhard/Passeier; Überbacher Johann, BM Natz-Schabs; Volgger Walter, BM Vahrn; Wachtler Walter, BM Innichen; Wielander Heinrich, BM Latsch; Wieser Wilhelm, BM Freienfeld; Wild Josef, Vize-BM Franzensfeste; Winkler Hans, BM Villanders; Wolf Oskar, BM Glurns; Zingerle Anton, BM Rasen-Antholz; Zwerger Franz, BM Altrei;

Über 100 Vertreter von Organisationen, Ständen und Berufen

Amonn Erich, Gründer und Altobmann der SVP; Andersag Alois, Bauer zu Buchen in St. Pankraz/Ulten; Aufschnaiter Paul v., Vizepräsident Apothekerkammer der Prov. Bozen; Außerer Hubert, Fraktionsvertreter, Vilpian; Badstuber, Trens, Arbeitnehmer; Benedikter Alfons, Bezirkssekretär SVP Sterzing; Benedikter Josef, SVP-Ortsobmann in Trens; Breitenberger Franz, SVP-Ortsobmann in St. Nikolaus, Gemeinderat in Ulten; Braitenberg Senator von Carl, Präsident Landesfremdenverkehrsamt; Complot Toni, Gemeinderat und Präsident Fremdenverkehrsamt St. Christina; Dietl Oskar, Generalsekretär Südtiroler Gewerkschaftsbund; Di Pauli Baron Pius, Gemeinderat in Kaltern, Obmann Di-Pauli-Kellerei; Eisendle Konrad, Fraktionsvertreter Pflersch; Eisenkeil Artur, Gemeindeassessor Marling; Fiorechy Robert v., Landesassessor Handel, Gewerbe und Fremdenverkehr; Forni Graf Franz Josef, Bozen; Gamper Josef, Alt-BM Ulten/St. Pankraz; Gander Johann, SVP-Ortsobmann Jaufenthal; Ghirardini Ferdinand, Beamter in Bozen; Gliera Josef, Wirtschaftsberater Bozen; Gruber Jakob, SVP-Ortsobmann und Gemeinderat in St. Pankraz/Ulten; Heiß Wolfgang, Gemeindeassessor Brixen, Präsident Frem-

denverkehrsamt; Hillebrand Peter, Grems, Gemeinderat St. Pankraz/Ulten; Hinteregger Hans, Gemeindeassessor Kiens; Innerebner Ing. Georg, Bauunternehmer, Bozen; Innerhofer Franz, Tanner, Ehrenobmann Bauernbund; Irsara Paul, SVP-Ortsobmannstellvertreter Abtei; Kapfinger Anton, L.-Abg.; Keim Josef, SVP-Ortsobmann Außerratschings; Kemenater Franz, Präsident Athesia; Kempfer von Karl, Gemeinderat Brixen; Kerschbaumer Johann, SVP-Ortsobmann Laurein; Klotz Heinrich, SVP-Ortsobmann Ridnaun; Köbller Willi, Obsthändler, Sigmundskron; Kofler Josef, SVP-Ortsobmann Penon; Ladurner Aribo, SVP-Ortsobmann Meran; Lageder Adolf, Arbeitnehmer, Bozen; Leider Willi, Gemeinderat, Außerpfitsch; Mair Alois, SVP-Ortsobmann Tuins; Mair Johann, Lehengasser, SVP-Ortsobmann Außerpfitsch; Marchetti Hans, SVP-Ortsobmann Terlan/Siebeneich; Markart Josef jun., Sprechenstein, Sterzing; Meßner Walter, Bauer, Sterzing; Morawetz Hanno, Arzt, Bozen; Moroder Johann, Lehrer, Gemeinderat St. Ulrich, Ortsobmann KVW; Nicolussi-Leck Hermann, Alt-L.-Abg., Kaltern; Nicolussi-Leck Karl, Kaufmann, Bozen; Noggler Toni, GEOS-Obmann und Präsident Höfekommission Schlanders; Oberrauch Luis, Industrieller, Bozen; Ortner Josef, Präsident Höfekommission Oberes Pustertal, Fraktionsvorsteher Niederdorf; Pircher Ernst, Alt-BM Kastelbell; Pitscheider Peter, SVP-Ortsobmann Kolfuschg; Pizzini Luis, SVP-Ortsobmann Branzoll; Platter Hans, Stadtrat Meran; Plattner Josef, Rieper, Elzenbaum; Ploner Karl, Gemeindeassessor Wolkenstein; Pobitzer Hans, Rechtsanwalt, Bozen; Pöhl Xaver, Präsident Höfekommission Kastelbell; Pretz Leo von, SVP-Bezirksobmann oberes Eisacktal; Prinoth Ernst, Gemeinderat St. Ulrich; Prugger Josef, Alt-BM Olang; Puff-Erlacher Alois, Obmann Kellereigenossenschaft Gries; Purger Walter, Verleger, Gemeinderat St. Ulrich; Pupp Ingenieur Alois, Landtagspräsident; Putzer Florian v., Bauunternehmer, Bozen; Rabanser Alois, SVP-Ortsobmann Waidbruck; Rabanser Alois, Gemeinderat St. Ulrich; Rainer Karl, Tierarzt, Welsberg; Raiser Josef, SVP-Ortsobmann Tschöfs; Rienzner Urban, Kaufmann in Brixen; Riz Roland, Parl.-Abg.; Sanoner Josef jun., Gemeinderat St. Ulrich; Schwienbacher Hans, Präsident Kaufleutevereinigung Prov. Bozen; Schwienbacher Karl, Innergraber, St. Nikolaus; Seebacher Otto, Gemeinderat Brixen; Segna Walter, Sekretär Kaufleutevereinigung Bozen; Selva Fritz, Präsident Landesverband der Handwerker; Senoner Adolf, Industrieller, St. Ulrich; Siller Josef, SVP-Ortsobmann Algund; Sinn Robert, Gemeinderat Kaltern, Obmann Bauernkellerei; Sorg Johann, SVP-Ortsobmann Mauls; Sölder-Nicolussi Ida, Präsidentin Katholische Frauenschaft; Sölva Otto, Obmann Obstgenossenschaft, Kaltern; Sölva Johann, Obmann Erste Kellereigenossenschaft Kaltern; Staffler Karl, Mauls; Staffler Max jun., Präsident Hoteliervereinigung Prov. Bozen; Stötter Vinzenz, SVP-Altgeneralsekretär; Tamere Karl, SVP-Ortsobmann St. Vigil; Teissl Franz, SVP-Ortsobmann Innerpflersch; Tessadri Reinhard, SVP-Alt-ortsobmann Salurn, KVW-Ortsobmann; Thaler Georg, Bezirksobmann Bauernbund Brixen; Thuile Fridolin, Alt-BM Gargazon; Ties August, SVP-Gebietsvertreter Gadertal; Torggler Franz, Landwirt und Obsthändler in Gries; Valentini Johann, SVP-Ortsobmann Abtei; Valentini Johann, SVP-Ortsobmann Stern; Walther von Walter, Präsident Handelskammer; Wegger Josef, SVP-Ortsobmann Graun (Unterland); Wiedenhofer Josef, Bezirksobmann Bauernbund Bozen; Winkler Hermann, SVP-Ortsobmann Montal/St. Lorenzen; Wirth-Anderlan Benedikt, Obmann Neue Kellereigenossenschaft Kaltern; Wörndle Wilfried, Altpräsident Südtiroler Hochschülerschaft.

tödlich wäre.“ Und daher wende sie sich „vertrauensvoll an Sie, weil ich ja weiß, dass Sie am ehesten zur Aufrechterhaltung der Einheit mit Ihrer Vernunft und Ihrer Ruhe beitragen können“. Wenig später sah sich Ebner mit dem Vorwurf konfrontiert, die Partei spalten zu wollen – das Stichwort lautete: „Aufbau“.

Am 30. September 1961 veröffentlichte diese Gruppe „Aufbau“ in den „Dolomiten“ und der Südtiroler Wirtschaftszeitung ein Aktionsprogramm. Dort wurde kritisiert, dass durch den „steigenden Einfluss einiger unbedachter extremer Elemente“ der SVP in den letzten Jahren versucht worden sei, von der ursprünglichen Zielsetzung der Partei abzuweichen. Diesen „extremen Elementen“ habe die Bereitschaft zu einer konstruktiven Politik gemangelt, und sie hätten die Bevölkerung oft einseitig und tendenziös informiert, „so dass viele Südtiroler von der letzten Entwicklung überrascht und enttäuscht sind“. Es gehe um die Verwirklichung der im Pariser Vertrag vorgesehenen Autonomie; damit sei „offener oder versteckter Irredentismus unvereinbar“.

Nur mit Mühe konnte damals eine Spaltung der Partei verhindert werden, wie zwei ganztägige Sitzungen des Parteiausschusses am 9. und 16. Oktober zeigten. Da ging es hart zur Sache. Die Debatte machte deutlich, dass es in der Tat tiefe Gräben in der Partei gab. Auf der einen Seite standen die Vertreter des „Aufbaus“. Der Wipptaler Bezirksobmann Leo von Pretz meinte gleich zu Beginn: „Wir wollen nicht die Partei spalten, sondern wir haben mit diesem Programm, wahrscheinlich werden Sie jetzt wieder lachen, eine Richtung zu vertreten, die auch im Volk vertreten ist. (...) Wir sind keine Landesverräter, die das gemacht haben, sondern Leute, die sich getraut haben, einmal etwas anderes zu sagen.“ Es fielen Bemerkungen wie „Aasgeier Südtirols“. Roland Riz stellte klar: „Für mich gibt es keine Politik ohne Wirtschafts- und Sozialpolitik, und das ist grade der Fehler gewesen, den man bis heute meines Erachtens begangen hat. (...) Wir sind der Ansicht, dass (...) es ein Fehler ist, so zu handeln, wie von gewissen Leuten gehandelt worden ist. Wir sind nämlich der Ansicht, dass man den Italienern ohne Weiteres mit grob gegallten Schuhen ins Gesicht treten kann, jeden Tag, wenn man die Selbstbestimmung verlangt. (...) Aber wenn man die Autonomie von den Italienern verlangt

Programm der Richtung „Aufbau“

Die unterzeichneten Vertreter der Südtiroler Bevölkerung deutscher und ladinischer Sprache, sowie der verschiedenen Stände und Berufszweige, die sich mit vielen anderen zur Richtung „Aufbau“ in der SVP bekennen, sind zur Überzeugung gelangt, daß es dringend notwendig ist, zur Gesamtlage in Südtirol Stellung zu nehmen, die Grundzüge ihrer Gedankengänge klar zu stellen und den Weg aufzuzeigen, den sie zum gedeihlichen Fortbestand unserer Volksgruppe für unerlässlich halten.

Die Richtung „Aufbau“ beabsichtigt, ihre politische Zielsetzung innerhalb der SVP zur Geltung zu bringen. Daher verlangt sie in den zuständigen Parteiorganen eine entsprechende Vertretung und wird alle notwendigen Schritte unternehmen, um dies zu erreichen.

Es muß festgestellt werden, daß nach Abschluß des Pariser Vertrages die Gewährung der Autonomie im Sinne der Übertragung von verwaltungsmäßigen und legislativen Befugnissen dauernd verzögert wurde oder überhaupt nicht erfolgte; sprunghafte, oft unüberlegte und verspätete Konzessionen seitens des Staates konnten die politische Lage keineswegs verbessern, weshalb Staat und Region zweifellos Schuld daran tragen, daß sich die Lage in Südtirol dauernd verschlechtert hat.

Ebenso muß zugegeben werden, daß durch den steigenden Einfluß einiger unbedachter extremer Elemente in den letzten Jahren versucht worden ist, von der ursprünglichen Zielsetzung der SVP abzuweichen. Ferner mangelte bei diesen die Bereitschaft zu einer konstruktiven Politik und zudem wurde von diesen die Bevölkerung oft einseitig und tendenziös informiert, so daß viele Südtiroler von der letzten Entwicklung überrascht und enttäuscht sind.

Die Südtiroler Wirtschaft ist gegenüber dem Wirtschaftsaufschwung im übrigen Europa zurückgeblieben und zwar nicht nur wegen den negativen Auswirkungen der letzten Ereignisse, sondern vor allem, weil es an einer aufbauenden Wirtschafts- und Sozialpolitik fehlte.

Die zunehmende Abwanderung heimischer Arbeitskräfte in besser entwickelte und daher lohnungünstigere Gebiete ist ein bederftes Zeugnis dafür, daß tiefgreifende strukturelle Änderungen auch bei uns getroffen werden müssen.

Es besteht daher kein Zweifel darüber, daß ein neuer Weg besritten werden muß. Hiefür ist in erster Linie die Wiederherstellung des gegenseitigen Vertrauens unerlässlich. Sicher gibt es auch innerhalb der italienischen Volksgruppe viele, die eine politische Befriedung des Landes im Sinne des europäischen Geistes und im Sinne wirtschaftlicher Interessen anstreben.

Das allgemeine Vertrauen der Bevölkerung in die politische Führung muß dadurch wieder gefestigt werden, daß die Südtirolpolitik von verantwortungsbewußten Südtirolern bestimmt wird und daß die SVP ihre politischen, sozialen und wirtschaftlichen Zielsetzungen gemäß nachstehenden Grundsätzen ausrichtet:

1. Die Entfaltung aller geistigen und wirtschaftlichen Kräfte zum Aufbau einer zeitgemäßen Sozial- und Wirtschaftsstruktur ist die entscheidende Vorbedingung zur Erreichung des obersten Zieles: die Erhaltung und Förderung unseres Volkes, seiner Religion, Sprache und Tradition.
2. Bei voller Wahrung und steter Verfechtung der eigenen Rechte sind die Pflichten dem italienischen Staat gegenüber anzuerkennen und ist ein friedliches Zusammenleben der Volksgruppen im Lande anzustreben.
3. Die Richtung „Aufbau“ fußt auf christlicher Weltanschauung, lehnt jeden übertriebenen Nationalismus ab und stellt sich positiv zu den wirtschaftlichen und politischen Einigungsbestrebungen für ein freies und demokratisches Europa, in dessen Rahmen — außer den zu erwartenden wirtschaftlichen Vorteilen — auch ein Ausgleich nationaler Differenzen auf höherer Ebene erfolgen wird und muß.
4. Als Grundlage ihrer politischen Bestrebungen betrachtet die Richtung „Aufbau“ die im Pariser Vertrag vorgesehene Autonomie. Eine gerechte und sinn-gemäße Auslegung dieses Vertrages und die rasche Durchführung desselben müssen den Interessen der in Südtirol lebenden Volksgruppen gerecht werden. Zu diesem Zwecke muß von den hiezu berufenen Vertretern Südtirols vor allem versucht werden, durch direkte Verhandlungen mit den staatlichen Behörden die Frage der Verwirklichung der im Pariser Vertrag vorgesehenen Autonomie ehestens einer Lösung zuzuführen. Es muß einerseits eindeutig festgestellt und auch danach gehandelt werden, daß mit der Forderung auf Erfüllung des Pariser Vertrages ein offener oder versteckter Irredentismus unvereinbar ist. Andererseits wird unmißverständlich verlangt, daß die Forderung nach Gewährleistung unserer Rechte von keiner Seite als Irredentismus ausgelegt werden darf. Terrormethoden werden mit aller Entschiedenheit abgelehnt und einseitige und unrichtige Berichterstattungen, durch welche alle im Lande lebenden Volksgruppen irreführt werden, verurteilt.
5. Zur Erreichung dieser Ziele ist es auch notwendig, in unserem Lande eine aufbauende Wirtschaftspolitik zu betreiben, die sich in erster Linie auf die eigene Kraft und die eigenen Menschen stützt. Diese müssen beruflich ausgebildet und geschult werden, um mit der wirtschaftlichen Entwicklung des In- und Auslandes Schritt halten zu können. Man stütze wohl Altes, nicht aber Überhoites und Überlebtes. Mit aufgeschlossenem Sinn die Erfordernisse unserer Zeit zu erkennen, Landwirtschaft, Handel, Handwerk, Industrie und Fremdenverkehr in gleicher Weise zu fördern und zu stärken, muß verpflichtende Aufgabe sein.
6. Die Richtung „Aufbau“ ist im weitesten Maße sozial aufgeschlossen. Sie strebt eine zunehmende Förderung der Eigentumsbildung für alle an, Anerkennung des Tüchtigen auf der Basis des Leistungsprinzips, sowie eine immer verständnisvollere Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber.
7. Ohne geistigen Aufbruch ist das allgemeine Aufbauwerk und damit die Behauptung der Volksgruppe nicht möglich. Eine volkstumsbewußte, beruflich und geistig ertüchtigte Jugend ist die beste Gewähr für unseren Fortbestand. Daher müssen alle Mittel und Kräfte der geistigen und kulturellen Erziehung der Jugend durch weiteren Ausbau des Schulwesens in all seinen Gliederungen gewidmet werden.
8. Jeder Südtiroler muß sich bewußt werden: Auch im kommenden Zeitalter eines vereinten Europa bedeutet Treue zur Heimat vor allem charaktervolle Aufgeschlossenheit sowie aufbauende Tüchtigkeit in der Heimat.

Pflicht eines jeden Südtiroler ist es, an diesem Aufbauwerk mitzuarbeiten!

Innerhalb der SVP formiert sich eine Richtung, die vor den politischen Auswirkungen der Bomben warnt. Die als „Aufbau“ bekannt gewordene Strömung veröffentlicht in den „Dolomiten“ vom 30. September 1961 ihr Programm.



Der „Aufbau“-Exponent Leo von Pretz auf der Landesversammlung.

und ihnen jeden Tag mit den grob Genagelten ins Gesicht steigt, dann erreicht man die Autonomie hundertprozentig nie, weil sie einem nicht über den Weg trauen.“ Und weiter: „Wir müssen schauen, die Volksgruppe zu retten in eine andere Richtung hin, nämlich in einen anderen Geist hin, der viel europäischer, international ist, der bei uns vielleicht noch nicht den richtigen Anklang gefunden hat in der breiten Masse.“ Und weiter: „Italien hat uns nicht mehr über den Weg getraut. Die haben wirklich geglaubt, dass die SVP als Partei damit (den Attentaten) zu tun hätte. Das ist unten die Meinung.“

Bei der Parteiausschusssitzung am 16. Oktober ging es mit unverminderter Schärfe weiter. Ebner ging auf die Haltung der Partei zu den Attentaten ein. Dabei machte er auch klar, wie weit die extremen Elemente mit Blick auf seine Person bereit waren zu gehen. Er berichtete von einem Gespräch in Innsbruck mit Landeshauptmann Tschiggfrey und Landesrat Wallnöfer. Bei dieser Gelegenheit habe er Folgendes erfahren, nämlich, „dass der Herr Landeshauptmann wie der Herr Landesrat Wallnöfer sehr erstaunt darüber waren, dass die Partei nicht nur offiziell, sondern auch inoffiziell die Meinung vertritt, dass uns diese Sprengungen nicht nur nichts nutzen, sondern von Schaden sind. Sie sind der Meinung, dass man offiziell zum bösen Spiel gute Miene machen muss, dass man aber inoffiziell sagt, die Leute sollen fest weitersprengen“. In Innsbruck habe er sich auch erzählen lassen müssen, dass von Parteseite folgende Infor-

mation nach Innsbruck gekommen sei: „(...), die Partei ist gegen die Bombenanschläge, offiziell ja, aber inoffiziell jedoch nicht, und es ist an der Zeit, dass er (Ebner) vergiftet wird. Also hier ist doch irgendetwas nicht ganz in Ordnung, dass neben der offiziellen auch eine inoffizielle Quelle besteht, die die Herren draußen vollkommen falsch informiert hat und auch noch weiterhin informiert. Ich nenne keine Namen, ich hätte auch diese zur Hand“, so Ebner.

Franz Widmann war ein erklärter Gegner Ebners und der ganzen Aufbaubewegung, die seiner Meinung nach „unweigerlich im In- und Ausland als eine Spaltung aufgenommen werden muss“. Für ihn war die ganze Handlungsweise „nicht zu verantworten“. Magnago hatte die Popularität, die ausreichte, um die wohl größte Krise innerhalb der SVP zu überwinden. Wie tief der Stachel bei einigen Beteiligten war, zeigt die Einschätzung, die Franz Widmann 1999 gab. Ein Gelingen dieser, wie er schreibt, „von langer Hand eingefädelten Operation hätte die Früchte des ‚Los von Trient‘ und auch die Opfer der Attentäter der Feuernacht kurz vor dem Ziel zunichte gemacht“. Der „Aufbau“ habe großen Schaden angerichtet: „Es ist schwierig, diesen Schaden abzuschätzen, aber man kann ihn daran ermessen, dass es elf Jahre gebraucht hat, bis das ‚Paket‘ endlich geschnürt war.“ Eine Interpretation, die durch die Fakten absolut nicht gestützt wird. Die Richtung „Aufbau“ erwarb sich im Gegenteil bleibende Verdienste dadurch, dass die wirtschaftlichen und sozialen Probleme in Südtirol nach Jahren endlich die gebührende Beachtung erhielten. Die SVP musste von nun an ihre politischen Forderungen mehr als zuvor im Lichte der wirtschaftlichen und sozialen Erfordernisse sehen. Dem „Aufbau“ kommt noch ein zweites, möglicherweise noch größeres Verdienst zu: Er legte den Finger auf die Wunde der, wie es mehrfach im Parteiausschuss am 16. Oktober erwähnt wurde, „radikalen Elemente über dem Brenner und einige von da“, die der britische Konsul in Innsbruck schlicht „Nazis“ nannte. Das betraf in erster Linie jene, die fälschlicherweise geglaubt hatten, das Südtirolproblem mit Bomben zu lösen. Und dabei zu wenig über jene Frage nachgedacht hatten, die Viktoria Stadlmayer gestellt hatte, nämlich: „Man wird euch verhaften, und was dann?“